

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



Vania Alleva: Das Interview zum Unia-Jubiläumjahr. Seiten 8-9

Die Schweiz und ihre «Ausländerpolitik»:



# Zum Beispiel Zenun

Die **Personenfreizügigkeit** mit den **flankierenden Massnahmen** ist eine Erfolgsgeschichte. Doch dieser **soziale Fortschritt** ist aktuell von mehreren Seiten unter Druck. Unter anderem von einer **neuen SVP-Initiative**. Die Gewerkschaften geben **Gegensteuer**. Seiten 3, 6, 10



## Oligarchen führen die USA

Trump gibt wieder den Präsidenten. Doch das Kommando haben andere. Seite 15

## UKW-Ade! So tönt der Bau jetzt

Die Service-public-Radios gibt's nur noch auf DAB+. Für Buezer und Buezerinnen ist das mühsam. Seite 5

## Hallo 2025!

Diese Vorschriften und Gesetze sind neu. Seiten 18-19



**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## VOM TELLERWÄSCHER ZUM MALER

Bereits vor seinem Amtsantritt liess US-Präsident Donald Trump Musk(eln) spielen (Seite 15). Eine Randnotiz scheint während dieser ungeheuerlichen Trumpiade das kurzzeitige Abschalten der chinesischen Videoplattform Tiktok. Angeblich aus Sicherheitsgründen. Die Logik dahinter ist allerdings verwirrend: Zum Beispiel DJI, der weltgrösste Drohnenhersteller, ebenfalls aus China, kann seine Produkte weiterhin unge-

### Die SVP-Initiative bedroht die Schweiz in ihren Grundfesten.

hemmt in den USA verbreiten. Doch zurück zu Tiktok: Digitale Gemeinschaften sind nomadisch, ein digitaler

Ort wird sie nie für immer halten. So begaben sich die Tiktok-Userinnen und -User schwupps nach China, ausgerechnet zur Plattform Rednote (Rote Notiz). Unter dem Hashtag #tiktokrefugee begrüsst Tausende chinesische Rednote-User die westlichen Neuankömmlinge. Trump, der Mauerbauer, startete seine zweite Amtszeit mit einer digitalen Brücke nach China (siehe Seite 4).

**GRUNDFESTEN.** Am Tag nach seinem Amtsantritt war Tiktok wieder da, und Trump, der früher noch vor der Plattform gewarnt hatte, konnte sich als Retter aufspielen. Dafür war die App CBP One weg, mit der Migrantinnen und Migranten von ihrem Menschenrecht Gebrauch machen konnten, in einem anderen Land Asyl zu beantragen. Am ersten Tag seiner ersten Amtszeit hatte Trump nur ein einziges Dekret erlassen. Jetzt aber hatte er sich vorbereitet und liess es Dekrete regnen. Darunter auch ein knallhartes Vorgehen gegen Migrantinnen und Migranten aus Lateinamerika. Er kündigte gar die Entsendung von Truppen an die Grenze zu Mexiko an. Für Europa eigentlich nichts Neues, hier steht die Frontex bereit für den Schutz der EU-Aussengrenzen. Aber solche Ankündigungen giessen Öl ins Feuer der auf Fremdenhass getrimmten Parteien, sind Musik in den Ohren all jener, die mit der Ausschaffung aller Ausländer die Abschaffung aller Probleme gleichsetzen. Wie in der Schweiz die SVP (Seite 6). Ihre neuste Initiative bedroht die Schweiz in ihren Grundfesten, denn diese basieren nun mal auf Migration.

**HEIMAT.** Auf Menschen wie Zenun Hoti. Er war 21 Jahre alt, als er sich ins Auto setzte und von seinem Heimatdorf Ratkoc in Kosovo nach Villmergen fuhr, einem kleinen Dorf im Kanton Aargau. Sein Ziel: Geld verdienen, um seiner Familie und sich ein besseres Leben zu ermöglichen. Er startete als Tellerwäscher, wurde aber nicht zum Millionär, wie dies der Mythos des American Dream vorträumt. Stattdessen schlug er sich mit Minilöhnen durch, wurde ausgebeutet und ausgestossen, von der Fremdenpolizei schikaniert und befürchtete, ausgewiesen zu werden. Und dann stellte der Balkankrieg sein Leben nochmals auf den Kopf. 36 Jahre nach seiner Ankunft in der Schweiz lebt der Maler mit seiner Familie in Effretikon ZH, den Sprachtest für die Einbürgerung haben er und seine Frau eben bestanden. Sein Zuhause sei dort, wo seine Familie sei, sagt er. Die Hotis gehören zum Stoff, aus dem die Schweiz gemacht ist, ob es der SVP gefällt oder nicht (Seite 3).

In dieser work-Ausgabe heissen wir Regula Rytz herzlich willkommen. Wir publizieren ihre erste Kolumne zu Europa. Rytz war Nationalrätin und Präsidentin der Grünen und ist heute Delegierte bei den European Greens und Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen «Denknetzes». Sie wird die Kolumne «EUropa» abwechselnd mit Roland Erne bestreiten.

# Schweizer Konzerne endlich in die Verantwortung nehmen Rekordmässig zur Konzernverantwortung

**Die Schweiz ist bald das einzige Land Europas ohne Konzernverantwortung. Das will ein breites Bündnis für eine neue KV-Initiative ändern. Die Sammlung läuft fulminant: Innert zweier Wochen kamen bereits fast doppelt so viele Unterschriften zusammen wie nötig.**

CLEMENS STUDER

2020 wollte die Mehrheit der Stimmenden die Konzerne an die Kandare nehmen. Doch die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) scheiterte am Ständemehr. Massgeblich verantwortlich für das Stände-Nein waren jene Kreise, die angeblich «schon für Menschenrechte sind» und dafür, «dass Konzerne Verantwortung» übernehmen. Aber – leider, leider – ginge das nur, wenn das «kein Alleingang» wäre und «international abgestimmt».

Um diese Botschaft unter das Volk zu bringen, griffen die Rohstoffhändler tief in ihre Portokasse und finanzierten die Nein-Kampagne.

### Die schärfste Waffe der Konzernlobby war Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

Und die damalige FDP-Justizministerin Karin Keller-Sutter verwandelte ihr Departement kurzerhand in eine Filiale der Nein-Kampagne. Und das in einem so dreisten Umfang, dass selbst die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK) später nicht umhinkam, dies zu kritisieren. Und zwar ungewöhnlich deutlich: «einseitig und nicht faktenorientiert». Wer im Detail nachlesen will, wie unverfroren die Konzernlobby über ihre Bundesrätin und deren Departement verfügte, kann dies in der immer noch sehr lesenswerten Recherche der Wochenzeitung WoZ vom Dezember 2023 nachlesen: [rebrand.ly/woz-recherche](https://rebrand.ly/woz-recherche).

### SWISSHOLDINGS STEUERT BUNDES RAT

Die KVI wurde von den Konzernen zuerst wohl unterschätzt, dann aber umso verbissener bekämpft. Mit allen Mitteln und vielen Millionen wollten die Konzerne verhindern, dass sie für im Ausland begangene Schweinereien in der Schweiz zur Rechenschaft gezogen werden können. Zuerst verzögerte die bürgerliche Parlamentsmehrheit die Behandlung der Initiative, dann verkauften die Wirtschaftsverbände und ihre Parteien einen Alibigegenvorschlag



**TATORT BANGLADESH:** Reedereikonzerne wie die Genfer MSC lassen ihre alten Schiffe in Tieflöhländern auseinanderbauen und gefährden die Gesundheit der Buezer. FOTO: PANOS PICTURES

als Lösung. Dieser Gegenvorschlag kam direkt aus den Büros von Swissholdings. Der Abstimmungskampf im Jahr 2020 war heftig bis gehässig. Die Gegnerinnen und Gegner der Konzernverantwortung hatten enorme Summen zur Verfügung. Die Rohstoffkonzerne buttern viele Millionen in die Nein-Kampagne. Die unterschiedlichsten vermeintlich unabhängigen Komitees wurden erfunden und lanciert.

Die schärfste Waffe der Konzernlobby blieb die damalige Justizministerin Karin Keller-Sutter. Sie verließ der Propaganda des «wirksamen» Gegenvorschlags und der «internationalen Abgestimmtheit» das bundesrätliche Gütesiegel. In der Abstimmungs-«Arena» des Schweizer Fernsehens sagte sie damals: «Wir setzen im Gegenvorschlag auf eine Lösung, die international abgestimmt ist. Wir wollen die Richtlinien übernehmen, die im europäischen Raum gelten.»

### DIE EU IST WEITER

Womit Keller-Sutter und die Konzerne nicht gerechnet haben: Im März des vergangenen Jahres beschloss die EU gegen erbitterten Widerstand der Konzernlobby ein Lieferkettengesetz. Bereits heute verpflichten zahlreiche europäische Länder ihre Konzerne dazu, die minimalen Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltstandards auch im Ausland einzuhalten. Zum Teil sind diese Vorschriften sogar strenger als das neue EU-weite Gesetz. Doch dass die ganze EU jetzt ihre Konzerne in die Pflicht nimmt, ist ein grosser Fortschritt. Denn:

## In zwei Wochen: Über 186 000 Unterschriften

Das Ziel war ehrgeizig – und wurde grandios übertroffen. Innert 14 Tagen sammelte das breite Bündnis für die neue Konzernverantwortungsinitiative 183 661 Unterschriften. Wer noch Unterschriften zu Hause hat, sollte sie so rasch wie möglich einschicken. Und auch online können Sie noch unterschreiben: [www.unia.ch/kovi](https://www.unia.ch/kovi).

Jetzt sind alle grossen europäischen Unternehmen dafür verantwortlich, dass ihre Lieferanten weder Sklavinnen noch Kinder beschäftigen, dass sie Mindestlöhne bezahlen, die Umwelt nicht übermässig verdrecken und die Gesundheit ihrer Beschäftigten in den Minen, den Fabriken und auf den Feldern schützen. Für Schäden sind sie nach europäischem Recht haftbar und können von Gerichten in den Sitzländern zu Schadenersatz verurteilt werden.

Kurzum: Die von Keller-Sutter und Konsorten immer ins Feld geführten «Richtlinien im europäischen Raum» sind da. Und sie gehen sogar über die ursprünglichen Forderungen der KVI hinaus. Wenn die Schweiz nicht mitzieht, sind Konzerne mit Hauptsitz in der Schweiz die einzigen in Europa, die sich weiterhin einen Deut um die Einhaltung von Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltstandards im Ausland scheren müssen.

## Neuer Oxfam-Bericht über Ungleichheit Superreiche: Nicht machen, sondern nehmen

**Multimilliardär Donald Trump übernimmt die Macht und damit auch seine superreichen Einflüsterer. Gleichzeitig tummelt sich am WEF in Davos die Geldelite. Die Konzentration von Reichtum bei einigen wenigen nimmt zu und ist brandgefährlich, wie der neue Oxfam-Bericht zeigt.**



**SCHRÖPFER DER ARMEN:** Trump und seine Geldelite. FOTO: KEYSTONE

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Ungleichheit spaltet die Gesellschaft. Reiche sind von Krisen weniger betroffen oder können sich besser schützen. Und sie beeinflussen die Politik zu ihren Gunsten, was die Ungleichheit wiederum verstärkt. Die wirtschaftliche Macht einiger weniger bestimmt ganze Industrien und zunehmend auch die öffentliche Meinung, letztlich auch die

Demokratie. Donald Trump, flankiert von Elon Musk & Co., zeigt diese gefährliche Verflechtung von politischer und wirtschaftlicher Macht (siehe Seite 15).

### BILLIONÄRE IM ANMARSCH

Der neuste Bericht der britischen Nichtregierungsorganisation Oxfam («Takers not Makers», [rebrand.ly/oxfam-ungleichheit](https://rebrand.ly/oxfam-ungleichheit)) zeigt einmal mehr: Die Reichen werden noch reicher und das immer schneller. Das Ver-

mögen von Milliardären ist im Jahr 2024 dreimal so schnell gestiegen wie 2023. Innerhalb der nächsten zehn Jahre erwartet Oxfam die ersten fünf Billionäre. Währenddessen hat sich die Zahl der in Armut lebenden Menschen aufgrund von Wirt-

### Das reichste 1 Prozent besitzt 45 Prozent des Weltvermögens.

schaftskrisen, Klimaerhitzung und Konflikten seit 1990 kaum verändert. Fast 3,6 Milliarden Menschen leben unter der Armutsgrenze. Dies entspricht heute 44 Prozent der Menschheit. In perverser Symmetrie besitzt das reichste 1 Prozent fast 45 Prozent des gesamten Vermögens. Noch absurder: Wenn einer der zehn reichsten Milliar-

däre 99 Prozent seines Vermögens verlieren würde, wäre er immer noch Milliardär.

### ERBEN UND NETZWERKELN

Der meiste Reichtum ist nicht Leistung und Verdienst zuzuschreiben. 60 Prozent des Reichtums der Milliardäre stammen entweder aus Erbschaften, Väterwirtschaft, Korruption oder aus Monopolmacht. Im Jahr 2023 wurden zum ersten Mal mehr neue Milliardäre durch Erbschaft als durch Unternehmertum reich. Einen zentralen Grund für diese Ungleichheit sieht Oxfam im Kolonialismus, der bis heute anhält. Das koloniale System ziehe immer noch Reichtum aus dem globalen Süden zu dem superreichen einen Prozent im globalen Norden ab – und zwar 30 Millionen US-Dollar pro Stunde.

# Kosovo – Schweiz: Die Einwanderungsgeschichte von Zenun Hoti

## «Ich bin dort zu Hause, wo meine Familie ist»

**In die Schweiz ziehen für eine bessere Zukunft: Diese Hoffnung hatte Zenun Hoti (57), als er vor 36 Jahren seine Heimat verliess. Seine Geschichte zeigt die Hürden auf. Und wie gefährlich ausländerfeindliche Politik ist.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Zenun Hoti war 21 Jahre alt, als er sich ins Auto setzte und von seinem Heimatdorf Ratkoc in Kosovo nach Villmergen fuhr, einem kleinen Dorf im Kanton Aargau. Das war 1988. Sein Ziel: Geld verdienen, um seiner Familie und sich ein besseres Leben zu ermöglichen. Doch die Reise in die Schweiz stellte sein Leben komplett auf den Kopf. In seiner Heimat brach wenige Jahre später der Krieg aus, eine Rückkehr war ausgeschlossen. Heute weiss der Maler: «Ich bin dort zu Hause, wo meine Familie ist.»

In Kosovo absolvierte Hoti eine Ausbildung zum Hilfstierarzt. Nachdem er seine Dienstpflicht beim jugoslawischen Militär abgeschlossen hat-

**«Ich fühlte mich ausgeschlossen und ausgegrenzt.»**

EINWANDERER ZENUN HOTI

te, stand der junge Mann vor einer schwierigen Entscheidung: In seiner Heimat hatten junge Menschen wenig Perspektiven. Immer stärker wurde der Wunsch, im Ausland Fuss zu fassen. «Bei meiner Ankunft 1988 in der Schweiz hatte ich nichts. Ich konnte die Sprache nicht, ich hatte keine Arbeit und keine Freunde. Ich bin bei null gestartet», erzählt Hoti über seine ersten Tage.

### START ALS TELLERWÄSCHER

Mit dem Velo ging der junge Mann auf Arbeitssuche: «Ich ging bei jeder Fabrik, auf jeder Baustelle und in jedem Restaurant vorbei und fragte nach Arbeit.» Schliesslich bot ihm ein Restaurant eine Stelle als Tellerwäscher an mit einem Lohn von 1500 Franken netto. Zusätzlich eine kleine Unterkunft. Die Umstände waren nicht gut, die Arbeit sehr streng, der Lohn zu tief und nicht legal. Also suchte er nach besseren Optionen. Im Jahr 1989 fand er eine Stelle als Hilfsmaler. Die Arbeit gefiel ihm. «Mit diesem Job erhielt ich eine Bewilligung, mit der ich neun Monate als Saisonier legal in der Schweiz wohnen und arbeiten

### Fremdenfeindlich: Die gefährliche Initiative der SVP

Einwanderungsgeschichten wie jene von Hoti gibt es in der Schweiz viele. Sie sind geprägt von harter Arbeit zu schlechten Bedingungen, vom Verlassen der Heimat für bessere Perspektiven und von unzähligen Ausgrenzungserfahrungen. Doch solche Schicksale sind der SVP gänzlich egal. Mit ihrer neuen Initiative «10-Millionen-Schweiz» entfachen sie noch mehr Ausländerfeindlichkeit (siehe Seite 6). Eine brandgefährliche Initiative, die den Aufenthalt von Tausenden Menschen ernsthaft gefährden könnte. (dak)



**STECKEN MITTEN IM EINBÜRGERUNGSPROZESS: Lendita und Zenun Hoti fühlen sich in der Schweiz zu Hause und wollen auch nach der Pensionierung hierbleiben.** FOTO: RAJA LÄUBLI

durfte. Das war für mich ein grosser Erfolg!»

Seinem Traum einer ständigen Aufenthaltsbewilligung kam er immer näher. Doch 1992 herrschte in der Schweiz eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Er erzählt: «Die Fremdenpolizei lud meinen Chef vor. Er solle seine Stellen im Malergeschäft mit Schweizer Arbeitern besetzen und nicht mit Saisoniers wie mir. Also erhielt ich die Kündigung.» Für Hoti ein herber Schlag. «Ich fühlte mich ausgestossen und ausgegrenzt», erinnert er sich. Ohne Arbeit wurde ihm die Aufenthaltsbewilligung entzogen. Er hätte die Schweiz unfreiwillig verlassen müssen. Doch das liess Hoti nicht auf sich sitzen und holte sich Hilfe bei einem Rechtsanwalt. Denn mittlerweile war er mit seiner Frau Lendita verheiratet, hatte einen Sohn, und das zweite

Kind war unterwegs. Seiner Familie wollte er es ermöglichen, in die Schweiz zu ziehen.

### ANGST VOR DEM KRIEG

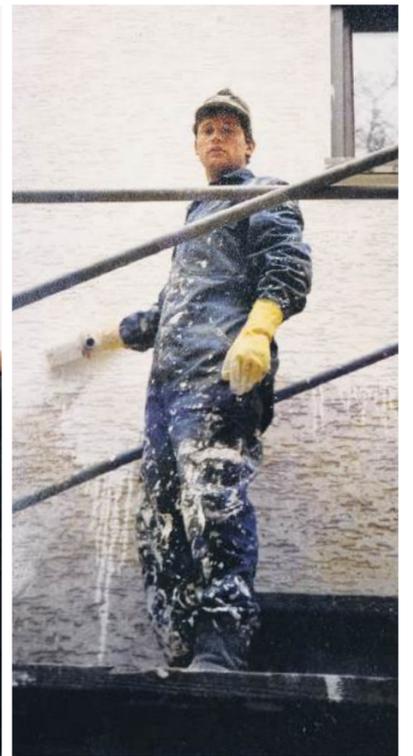
Der Jugoslawienkrieg spitzte sich zu jener Zeit zu. Hoti: «Ich lebte in ständiger Angst, dass der Krieg in meiner Heimat ausbricht.» Durch die kritische Lage und dank dem Anwalt erhielt er die Möglichkeit, in der Schweiz zu bleiben und seine Familie zu sich zu holen. Im Februar 1994 zog die mittlerweile vierköpfige Familie schliesslich gemeinsam in die Schweiz. «Wir waren sehr glücklich, dass wir vereint waren. Ich war viele Jahre allein hier und fühlte mich sehr einsam.»

Niedergelassen hat sich die Familie 1994 in Effretikon, einem Vorort von Winterthur, wo sie nach über 30 Jahren immer noch wohnen. Er fand

eine Stelle in einem Malergeschäft. Und die Familie wuchs weiter: Mittlerweile haben die Hotis vier Söhne. Seine Frau Lendita war nebst der Kinderbetreuung immer in der Reinigung tätig. «Dadurch konnte ich abends zur Arbeit, wenn mein Mann Feierabend hatte», sagt sie.

### FINANZIELLE DOPPELBELASTUNG

In den vergangenen 37 Jahren hat Zenun Hoti viel gearbeitet. «Ich hatte finanziell immer eine Doppelbelastung: meine Familie hier in der Schweiz und meine Familie in meinem Heimatland.» Mit seinen Lebensumständen hier in der Schweiz ist er sehr zufrieden. Besonders als sein jüngster Sohn im Kindesalter an Krebs erkrankte, war er dankbar über die hiesige Versorgung, Betreuung und Heilung.



**ERSTER JOB AUF DEM BAU: Der junge Zenun Hoti erhielt 1989 als Hilfsmaler eine Saisonierbewilligung, mit der er legal in der Schweiz arbeiten durfte.** FOTO: ZVG



**TROTZ HÜRDEN: Zenun Hoti hat nie die Zuversicht verloren.** FOTO: ZVG

Hoti ist schon sein ganzes Leben lang sehr engagiert, sammelte Geld für diverse Hilfsprojekte und half beim Aufbau einer albanischen Sprachschule. Dadurch fühlt er sich als Gewerkschaftsmitglied bei der Unia am richtigen Ort. Vergangenen Herbst besuchte er die grosse Lohndemo in Bern: «Das war meine erste, aber bestimmt nicht letzte Demonstration. Es war ein bestärkendes Gefühl, mit Menschen auf der Strasse zu sein, die für dasselbe kämpfen. Bei der nächsten Demo nehme ich die ganze Familie mit!» Bis zur Pensionierung geht es für das Ehepaar noch einige Jahre. Trotzdem ist für die Hotis klar: «Wir sind hier zu Hause, und wir bleiben hier!» Zurzeit steckt die Familie mitten im Einbürgerungsprozess. Den Deutschtest hat das Ehepaar vor kurzer Zeit erfolgreich bestanden.

## Partnerschaft über die Grenzen

**GRAUBÜNDEN/LOMBARDEI.** Die Unia Ostschweiz-Graubünden und die italienische Gewerkschaft CGIL Lombardia haben eine verstärkte Partnerschaft zur Unterstützung der rund 9000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger zwischen Italien und der Schweiz beschlossen. Besonders im Fokus stehen dabei die über 5000 «Frontalieri», die in der italienischen Provinz Sondrio leben und vor allem im Engadin arbeiten. Mit dieser Kooperation werden Schutz und Dienstleistungen in den Bereichen Rente, soziale Sicherheit, Steuerrecht sowie individuelle und kollektive Arbeitsrechte gestärkt. Zusätzlich kämpfen die Gewerkschaften gegen Lohndumping und falsche Sozialversicherungsangaben.

## Streit um Post-Löhne ungelöst

**BERN.** Die Lohnverhandlungen zwischen der Post und den Gewerkschaften Syndicom und Transfair sind gescheitert. Wie im GAV festgehalten, entscheidet über die Lohnmassnahmen nun die fünfköpfige paritätische



IM FOKUS: Die Post-Löhne. FOTO: KEY

Schlichtungskommission. Syndicom fordert von der Post eine Lohnsumme, die allen Mitarbeitenden den vollen Ausgleich der Teuerung und der steigenden Krankenkassenprämien sowie eine Realloohnerhöhung ermöglicht.

## Zwang zur Sonntagsarbeit

**BERN.** Obwohl sich das Schweizer Stimmvolk schon mehrere Male klar gegen Sonntagsverkäufe ausgesprochen hat, scheint das den bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern egal zu sein. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) stimmte der Erweiterung von Ladenöffnungszeiten zu. Konkret stützt sich dieser Vorstoss auf eine aktuelle Initiative aus dem Kanton Zürich, die 12 Sonntagsverkäufe im Jahr erlauben will. Für die Gewerkschaft Unia inakzeptabel. Der Gesundheitsschutz muss im Verkauf aus- statt abgebaut werden!

## Generalstreik-Aufruf in Serbien

**BELGRAD.** Schon seit Wochen halten Massenproteste Belgrad, Novi Sad und weitere Städte Serbiens in Atem. Auslöser war ein eingestürztes Dach am frisch renovierten Bahnhof in Novi Sad. Der Baupfusch tötete 15 Menschen und verletzte 30. Die Protestierenden sehen die Regierung unter Präsident Aleksandar Vučić in der Mitverantwortung und fordern Aufklärung und volle Transparenz. Ins Rollen gebracht haben die Protestwelle Studierende. Auf den 24. Januar ist sogar ein Generalstreik angekündigt.

# workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

## Hitzeschutz: Nur die SVP lässt Baubüezer hängen



BAUBÜEZER SCHMOREN: Die SVP hat im Nationalrat als einzige Partei gegen einen griffigen Hitzeschutz für Bauleute gestimmt. FOTO: KEYSTONE / MONTAGE: WORK

Kurz vor Weihnachten ging es um Hitze im kalten Bundesbern: Der Nationalrat debattierte über die Klimaerhitzung und ihre immer heftigeren Gesundheitsfolgen für Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter. Heute riskieren Baufirmen hohe Konvention-

### Baufirmen riskieren hohe Konventionalstrafen, wenn sie bei Hitze die Baustellen schliessen.

strafen, wenn sie bei extremer Sommerhitze ihre exponierten Baustellen vorübergehend schliessen. Denn viele Bauherren wollen selbst minimalste Verzögerungen nicht hinnehmen – und koste es die Gesundheit der Bauleute!

Zwar sieht die SIA-Norm 118 (eine nationale Regel der Baukunde) bereits heute vor, dass bei unverschuldeten Verzögerungen – etwa durch Wet-

terereignisse – die Fristen angemessen erstreckt werden müssen. Doch in der Praxis werden diese Bestimmungen in den Werkverträgen häufig ausgesetzt. Die Unia kritisiert diese Möglichkeit schon lange. Im August hat nun auch die Wirtschaftskommission des Nationalrats Handlungsbedarf erkannt und eine entsprechende Motion eingereicht. Diese verlangt, dass keine Konventionalstrafen mehr gegen Unternehmen verhängt werden dürfen, wenn diese wegen hitzebedingter Arbeitsunterbrechungen in Verzug geraten. Nach kurzer Debatte überwies der Nationalrat die Motion mit dem Segen aller Parteien – ausser der SVP. Die Fraktion der angeblichen Volkspartei stimmte geschlossen gegen effektiven Hitzeschutz.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/baustopp)  
rebrand.ly/baustopp

## Gastro-Löhne: Das Schiedsgericht enttäuscht

In den beiden letzten Jahren hat die Schweizer Gastronomie und Hotellerie vorzügliche Geschäfte gemacht und bei den Übernachtungen sogar neue Rekorde aufge-



KEINE ERHÖHUNG DES REALLOHNS: Das Gastro-Personal bleibt aussen vor. FOTO: MICHAEL ZANGHELLINI / SWISS SKILLS

stellt. Trotzdem knausern die Arbeitgeber bei den Löhnen. Nach vier erfolglosen Gesprächsrunden hatten Unia, Syna und die Hotel & Gastro Union die Gespräche abgebrochen und das Schiedsgericht angerufen. Dieses hat nun einen Entscheid getroffen: Die Mindestlöhne im Gastgewerbe steigen um 1,1 Prozent, was nur gerade der durchschnittlichen Jahresteuierung entspricht. Mauro Moretto, bei der Unia zuständig fürs Gastgewerbe, sagt: «Mit diesem Ergebnis lassen sich mittelfristig keine existenzsichernden Mindestlöhne erzielen und schon gar nicht die vielfältigen Probleme lösen, mit denen die Branche konfrontiert ist.»



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/GastroLoehne)  
rebrand.ly/GastroLoehne



HABEN DIE NASE VOLL: Die Pisten-Büezerinnen und -Büezer von Park City wollen einen Lohn zum Leben. FOTO: PARK CITY PROFESSIONAL SKI PATROL ASSOCIATION

## Ski-Streik zur Christmas-Time

Nach monatelangen Lohnverhandlungen ohne Einigung hatten die Mitarbeitenden des Park City Resort im Bundesstaat Utah genug. Kurz nach Weihnachten haben sie ihre Arbeit niedergelegt. Im grössten Skigebiet der USA waren nur noch 99 der 350 Pisten offen und 26 von 41 Skiliften in Betrieb. Auf Social Media beklagten sich zahlreiche Gäste über lange Wartezeiten. Irgendwie verständlich, kos-

## Auch Rekordumsatz macht Migros nicht sozialer

32,5 Milliarden Schweizer Franken: So viel Umsatz erzielte die Migros letztes Jahr. Die neusten Zahlen zeigen, dass der orange Riese die Stellung an der Spitze im Schweizer Detailhandel wahrt. Trotz der Erfolgsquote treibt der Detailhändler

seinen angekündigten Konzernumbau und die damit verbundenen Entlassungen weiter voran. Für die Gewerkschaft Unia ein Vorgehen, das nicht akzeptabel ist. Bei Abbauprojekten dieser Grössenordnung verhandeln Unternehmen normalerweise mit den Gewerkschaften. Nicht so die Migros. Deshalb fordert die Unia: Dialog mit den Gewerkschaften, Verzicht auf Entlassungen, bessere Unterstützung



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/ski-streik)  
rebrand.ly/ski-streik

## So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/RekordumsatzMigros)  
rebrand.ly/RekordumsatzMigros

## Annäherung dank Tiktok-Aus

Die chinesische Social-Media-App Rednote verzeichnete innerhalb von nur zwei Tagen mehr als 700000 neue Anmeldungen aus den USA. Dieser Anstieg katapultierte die App an die Spitze der Download-Charts im US-App-Store und sorgt mittlerweile auch in der Schweiz für Aufsehen. Grund für den Anstieg war das drohende Verbot der Social-Media-Plattform Tiktok in den USA. Der interna-



IM TREND: Die Rednote-App profitiert vom Tiktok-Bann. MONTAGE: WORK

tionale Zulauf zu Rednote führt auch zu mehr Austausch zwischen chinesischen und westlichen Nutzerinnen und Nutzern. Die strenge Zensur der Internetkommunikation in China setzt diesem Austausch aber auch klare Grenzen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/tiktok-rednote)  
rebrand.ly/tiktok-rednote

# Rauschen, Rüsten, Rocken? UKW-Ade: So soundet jetzt die Büz!

**Seit diesem Jahr laufen die Radiosender des Service public nur noch über DAB+. Für Chrapferinnen und Chrapfer ist das mühsam.**

JONAS KOMPOSCH

Wer ein über zehnjähriges Auto fährt, kennt das Problem. Ebenso, wer eine analoge Stereoanlage sein Eigen nennt. Oder wer am Arbeitsplatz noch einen Ghettoblaster von anno dazumal benutzt: Nichts als Rauschen! So tönt das Programm seit dem 1. Januar; zumindest auf den Ultrakurzwellen der SRG-Sender. Denn bekanntlich hat die Schweizerische Radio- und

**Noch immer sind in der Schweiz rund 2 Millionen Autos ohne DAB+ unterwegs.**

Fernsehgesellschaft per Neujahr definitiv auf digitale Sendeformate umgesattelt – konkret auf

DAB+ sowie auf Internetradio. Und dies früher als nötig. Der Bundesrat zieht der UKW-Technologie nämlich erst ab Ende 2026 den Stecker. Die SRG aber sagt, sie könne mit der vorzeitigen Abschaltung ihrer 850 UKW-Sender jährlich 15 Millionen Franken und viel Strom sparen.

Sicher ist: Die meisten Privatradios senden weiter auf den üblichen Frequenzen von 87,6 bis 107,9 Megahertz über den Äther. Dies nicht zuletzt mit dem Kalkül, die von der SRG zurückgelassenen Hörerinnen und Hörer zu gewinnen. Denn das sind viele. Allein der absolute Publikumsliebhaber SRF1 kommt zurzeit auf einen Marktanteil von 26,1 Prozent, gefolgt von SRF3 mit 16,8 Prozent und der SRF Musikwelle mit 5,3 Prozent. Und: Die SRG selbst geht davon aus, dass 2024 noch zwei Millionen Autos ohne DAB+ unterwegs waren. Das entspricht immerhin 43 Prozent aller zugelassenen PW. Neuere Zahlen fehlen. Doch noch immer dürften Hunderttausende Berufspendler betroffen sein.

Einer von diesen ist Unia-Mitglied Nicolas Balmelli (30). Der Zürcher Zimmermann hat zurzeit eine Baustelle im Toggenburg und ist daher besonders viel unterwegs. Befragt man ihn über das UKW-Aus, kommt es wie aus der Pis-

tole geschossen: «Ein Riesenproblem!» Denn: «Meine Budenkarre hat noch kein Digital-Schnickschnack!» Laufen tue sein Auto aber bestimmt noch zehn Jahre. «Also müssten wir umrüsten lassen, aber das kostet sicher einen Tausender.» Und sei ergo zu teuer.

## DER HÄSSIGE GEBÜHRENZÄHLER

Wäre allenfalls ein externer DAB+-Adapter eine gangbare Alternative? Schliesslich sind diese nach dem Massenandrang im Dezember nun



**SAUER ÜBER DIE SRG-STRATEGIE: Zimmermann Nicolas Balmelli.** FOTO: ZVG

wieder erhältlich. Und mit Preisen zwischen 70 und 150 Franken auch einigermaßen erschwinglich. «Unmöglich», sagt Balmelli. «Dazu fehlt mir der nötige AUX-Eingang, und die Modelle, die das DAB+-Signal zurück auf eine UKW-Frequenz senden, kannst du rauchen!» Tatsächlich schneiden diese Modelle bei Expertinnen schlecht ab. Also bleiben nur noch die Privatsender. Doch auch hier winkt Zimmermann Balmelli ab: «Ich bin gopfertori Gebührenzahler und will Qualitäts-



**AUF ÖSI-SENDER UMGESTIEGEN: Elektroinstallateur Hans Eberli.** FOTO: ZVG

## Service public: SGB gegen «Halbierungsinitiative» und Rösti

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) bekämpft die «Halbierungsinitiative» von SVP und FDP mit aller Vehemenz. Die Initiative will die Radio- und Fernsehgebühren auf 200 Franken senken. Und Firmen sollen gar nichts mehr zahlen müssen. Das wäre das Ende des medialen Service public, wie wir ihn heute kennen. Profitieren würden Fake-News-Schleudern und Privatmedien unter Kontrolle von rechten Milliardären. Der SGB kritisiert auch die von Bundesrat Albert Rösti verordnete «präventive» Gebührensenkung auf 300 Franken. Dies sei medien- und demokratiepolitisch «völlig unverantwortlich». (jok)



**DAB+-TAUGLICH UND SMARTPHONE-KOMPATIBEL: So sehen heutzutage Baustellen-Radios aus.** FOTO: PD

journalismus aus öffentlicher Hand!» All das «Geplärre» und «Gedudel» auf den Privatsendern könne ihm gestohlen bleiben. Seit Jahr und Tag habe er strikt SRF1 gehört. Wobei Balmelli noch immer «DRS 1» sagt. Besonders vermisse er die Nachrichtensendung «Echo der Zeit», die er immer auf dem Nachhauseweg gehört habe. Aber auch die Staunachrichten seien nirgends so zuverlässig wie auf den SRG-Sendern.

## DER PRAGMATISCHE ÖSI-HÖRER

Ähnlich tönt's bei Elektroinstallateur und Bauleiter Hans Eberli (58). «Äs näärvt!» sagt der Thurgauer zum SRG-Abgang. Zwar habe er in seinem Firmenwagen sehr wohl DAB+. Doch wenn er etwa durchs Städtchen Weinfelden fahre, falle sein Lieblingssender SRF2 sicher dreimal raus. Etwas speziellere Kanäle wie die deutsche «Rockantenne» streikten noch häufiger. Daher höre er weiterhin über UKW. Doch mit Klassik aus dem Hause SRF ist es damit vorbei.

Das sei schade, meint Eberli, doch nehme er's pragmatisch: «Jetzt läuft halt ein Ösi-Sender!» Der Dialekt sei zwar schon gewöhnungsbedürftig, das Programm aber tiptopp. Und auf der Baustelle gebe ohnehin längst die Jugend den Ton an. Etwa sein Sohn Philipp, ebenfalls Stromer. Dieser lege primär Hardrock, Metal oder Punk auf – aber freilich nicht via Radio, sondern via Streamingdienst, Bluetooth und spezielle Baustellenboxen. Für Stromer-Routinier Hans eine willkommene Abwechslung. «Ich höre alles ausser Free Jazz!» Nur eine Bedingung habe er: «Man muss noch miteinander reden können vor lauter Musik.»

## DIE GNÄDIGE OLDIE-NUDEL

Ziemlich laut ist es auch in der Küche von Chrugli Landtwing (30). Sie ist die Betriebsleiterin in der Mensa der Berner Unia-Zentrale. Während sie vegetarische Burritos rollt, dröhnt aus den Boxen der 80er Hit «Such a Shame» der

britischen New-Wave-Band Talk Talk. Ein Gasenhauer, wie er für den Oldie-Sender Radio 1 typisch ist. Chefköchin Landtwing schwört darauf: «Auf diesem Sender gibt's noch echte Abwechslung!» Privat stehe sie zwar auf härteren Sound, aber: «Rammstein und Techno kann ich meinen Jungs hier ja nicht antun.» Zwinkersmiley an Gastrokollege Nils Stark (29), der nicht widerspricht. Einig sind sich beide, dass ihr Radio-1-Konsum über UKW kein politisches Statement sei. Dass aber Senderchef und Radio-



**OLDIES IN DER KÜCHE: Chefin Chrugli Landtwing mit Koch Nils Stark.** FOTO: JOK

pionier Roger Schawinski der schärfste Kritiker des UKW-Ausstiegs ist, weiss Landtwing sehr wohl. Sie selber will darüber kein Urteil fällen. Klar sei aber eines: «Wenn UKW bald ganz fehlt, bin ich es, die das neue Küchenradio bezahlen werden muss.» Sie zuckt mit den Schultern. Aber die Briten singen: «It's a shame!»



22 FRANKEN PRO STUNDE: Der geforderte Mindestlohn fürs Baselbiet. FOTO: ZVG

## Solothurn und Basel-Land Mindestlöhne auch am Hauenstein?

Der Hauenstein trennt die Kantone Basel-Landschaft und Solothurn. Diesseits und jenseits des Passes soll ein 100-Prozent-Job zum Leben reichen. Am 9. Februar kommen Mindestlohn-Initiativen vors Volk.

CLEMENS STUDER

Die Argumente für einen Mindestlohn sind einfach und klar: Wer 100 Prozent arbeitet, soll von seinem Lohn leben können. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch noch immer bekommen Hunderttausende Arbeitnehmende in der Schweiz weniger als 4000 Franken Monatslohn für einen 100-Prozent-Job ausbezahlt.

Und Arbeitgeber-Ideologen wollen keine Mindestlöhne. Nicht in Gesamtarbeitsverträgen, nicht in der Bundesverfassung, nicht in Kantons-

## Arbeitgeber-Verbände und rechte Parteien treten mit viel Geld gegen die Mindestlohn-Initiativen an.

verfassungen, nicht in Städten. Geht es um nationale Mindestlöhne, sehen sie den Föderalismus verletzt. Geht's um kantonale Mindestlöhne, sehen sie die Kantone gegenüber Nachbar-kantonen benachteiligt.

**ALTE BEHAUPTUNGEN.** Und genau mit diesen Nichtargumenten bekämpfen sie jetzt auch in den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn die kantonalen Mindestlöhne. In beiden Kantonen kann das Volk am 9. Februar darüber abstimmen, ob auch in ihren Kantonen ein 100-Prozent-Job zum Leben reichen soll. Hinter den Initiativen stehen die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien.

Arbeitgeberverbände und die Parteien von ganz bis halb rechts treten mit viel Geld dagegen an. Und mit längst widerlegten Argumenten. Die lauten: Der kantonale Mindestlohn sei ein «Jobkiller». Arbeitsplätze für wenig qualifiziertes Personal würden in umliegende Kantone ohne Mindestlohn oder ins Ausland abwandern.

**KLARE STUDIE.** Für den Mindestlohn in Genf konnten gleich zwei Studien im Auftrag des Kantons keinen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit nachweisen. Selbst bei jungen Beschäftigten ohne Lehre finden sich keine besorgniserregenden Auswirkungen. Auch der Tessiner Mindestlohn kann nicht mit höherer Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht werden. Er erhöhte aber die tiefsten Löhne merklich, wie eine neue Untersuchung der Universität der italienischen Schweiz zeigt. Ein plausibler Erklärungsansatz: Arbeitgeber bezahlen besonders im Tieflohnbereich weniger Lohn, als sie sich eigentlich leisten könnten. Denn hier haben die Lohnabhängigen nur wenige Job-Alternativen.

Wie die Mindestlohn-Initiativen genau ausgestaltet sind, ist unter [sp-so.ch/kampagne/mindestlohn-initiative](http://sp-so.ch/kampagne/mindestlohn-initiative) und unter [mindestlohn-baseland.ch](http://mindestlohn-baseland.ch) nachzulesen.

## 10-Millionen-Initiative der SVP ist brandgefährlich

# Grün getarnter Angriff auf unsere Löhne

Die SVP verspricht wieder einmal, alle Probleme zu lösen, wenn nur «die Ausländer» aus dem Land geworfen würden. Was sie nicht sagt: In Wahrheit geht es ihr darum, die Löhne der Mehrheit im Land zu kürzen.

CLEMENS STUDER

Noch bevor das Stimmvolk über das «Rahmenabkommen 2.0/Bilaterale III» entscheidet, kommt die «Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative der SVP zur Abstimmung. Diese bedroht den sozialen Frieden im Land. Nicht

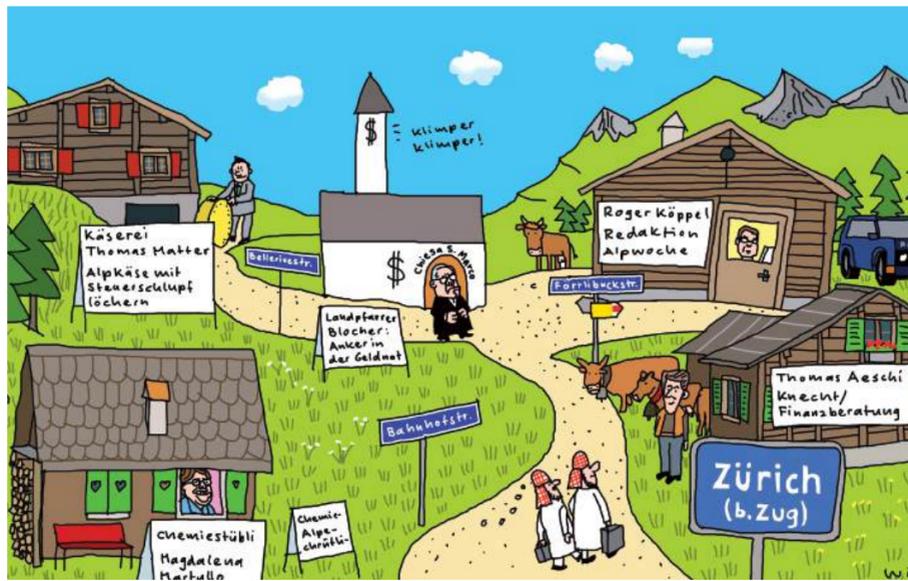
## Die SVP will die Schweiz zu einer Insel mit Tiefsteuern für Reiche machen.

mehr als 10 Millionen Menschen sollen in der Schweiz leben. So will es die SVP, die diese Initiative «Nachhaltigkeitsinitiative» nennt. Sie ist ökologisch-heimatschützerisch übertünchte Fremdenfeindlichkeit. Und ein Angriff auf die Löhne aller Lohnabhängigen in der Schweiz.

## ERST DIE GEFLÜCHTETEN, DANN WIR

Ein Ja würde zuerst bei 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu einer extrem harten Asylpolitik führen, faktisch zu einer Abschaffung des Flüchtlingsstatus. Und ab 10 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen hätte sie für alle fatale Folgen. Die SVP-Initiative bedroht viele sozialpolitische Errungenschaften der vergangenen Jahre, Schweizer Löhne kämen bei einer Annahme unter Druck, und die Arbeitsbedingungen würden generell erheblich verschlechtert. Denn die Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne würde wegfallen.

Naturschutz, Wohnungsnot, verstopfte Züge – all das ist vorgeschoben. Denn zu effektiven Massnahmen im Interesse der Umwelt und der Mehrheit der Menschen im Land sagt die SVP meist Nein. Denn sie will die Schweiz zu einer Insel mit Tiefsteuern für Firmen und Rei-



DAS SCHWEIZER IDYLL À LA SVP: Die Partei macht mit ihrer 10-Millionen-Initiative falsche Versprechen und verschleiert ihre wahren Absichten. ILLUSTRATION: RUEDI WIDMER

che und schlechten Löhnen für die Mehrheit machen. Die SVP will eine Schweiz, in der Menschen mit viel Geld mehr zu sagen haben. Dem steht die Personenfreizügigkeit mit der EU samt flankierenden Massnahmen entgegen. Denn auch die SVP weiss, dass die Schweiz ohne Arbeitende aus dem Ausland nicht funktioniert. Sie will jedoch wieder Kontingente einführen und damit zurück zur Baracken-Schweiz, in der rechtlose Arbeitende ohne Schweizer Pass in Baracken wohnten, ihre Kinder verstecken mussten und ihren Chefs machtlos ausgeliefert waren. «Dank» den rechtlosen «Gastarbeitern» konnten die Firmen auch die Löhne der Arbeitenden mit Schweizer Pass drücken: Und genau da will die SVP wieder hin. Doch wenn die Personenfreizügigkeit mit der EU dahinfällt, fallen auch alle anderen bilateralen Verträge weg. Mit massiven Folgen für die Gesamtwirtschaft.

## RECHTE REALITÄTSVERWEIGERUNG

Trotzdem wird die SVP-Initiative im Bundeshaus mit einer beunruhigenden Nonchalance behandelt, die der Tragweite ihrer möglichen Konsequenzen in keiner Weise gerecht wird. Die Arbeitgeberverbände und bürgerlichen Par-

teien zeigen den wahren Sorgen der Menschen weiterhin die kalte Schulter: Die realen Löhne der Mehrheit stagnieren oder sinken sogar. Die Krankenkassenprämien explodieren, und Wohnen wird bis tief in den Mittelstand hinein immer mehr zum Luxus.

Trotzdem gibt es von den Mehrheiten im Bundesrat und im Parlament keine Vorschläge, wie man das Wohnproblem entschärfen könnte. Im Gegenteil. Nachdem mit EFAS eben erst Milliarden auf die Prämienzahlenden abgeschoben worden sind, sollen jetzt auch noch die Mindestfranchisen steigen. Die ganze bürgerliche Finanzpolitik steht im Dienst der Superreichen, der Bestverdienenden und der Konzerne.

## GEWERKSCHAFTEN AKTIV

Während die Gewerkschaften bereits aktiv Widerstand organisieren, zeigen die Spitzen der Arbeitgeberverbände und bürgerlichen Parteien eine besorgniserregende Realitätsverweigerung. Sie weigern sich, die drängendsten ökonomischen Sorgen der Mehrheit in diesem Land zur Kenntnis zu nehmen. Ganz so wie vor der Abstimmung über die «Masseneinwanderungsinitiative» vor zehn Jahren.

## Genugtuung nach sechs Jahren:

# Riesensumme für Ceneri-Gleisbauer

Im Tessiner Ceneri-Tunnel platzte 2019 einer der grössten Lohnskandale der Schweiz. Jetzt kommen die Büezer endlich zu ihrem Recht. Doch auch der italienische Baukonzern GCF kann aufatmen – vorerst.

JONAS KOMPOSCH

Am 5. Dezember unterzeichnete der Tessiner Staatsanwalt Andrea Gianini ein Dokument, das ihm sehr viel Arbeit vom Hals schaffte. Nämlich eine aussergerichtliche Einigung zwischen der Unia und der Generale Costruzioni Ferroviarie (GCF). Der Gleisbau-Riese mit Hauptsitz in Rom verpflichtet sich darin zu einer Zahlung an zehn italienische Arbeiter, die vor gut sechs Jahren im neuen Ceneri-Basistunnel tätig waren, dem letzten Stück des Neat-Alpendurchstichs. Laut der Zeitung «La Regione» handelt es sich um eine Summe von rund 300 000 Franken. Das Tessiner Fernsehen RSI berichtet gar von fast 400 000 Franken. Über den genauen Betrag und andere



ERHALTEN ENDLICH GELD: Gleis-Büezer im Ceneri-Tunnel. FOTO: KEYSTONE

inhaltliche Details haben die Parteien Stillschweigen vereinbart. Igor Cima, Unia-Leiter im Sopraceneri, sagt aber: «Wir haben eine Lösung gefunden, die auf den von uns berechneten Zahlen und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden beruht.»

## JUSTIZ IM SCHNECKENTEMPO

work-Lesende erinnern sich: 2019 hatten die Ceneri-Büezer bei der Unia Alarm geschlagen und über haarsträubende Zustände berichtet. Bis zu 16 Stunden am Tag hätten sie im Tunnel durchchramp-

fen müssen. Die vorgeschriebenen Pausen seien nicht eingehalten worden, und als Verpflegung habe es oft nur Sandwiches gegeben. Auch hätten sie bloss die Hälfte des Mindestlohns erhalten. Und manche Arbeiter berichteten sogar von dubiosen Mittelsmännern, die ihnen einen Teil des Lohnes in bar wieder abzwackten.

Wegen der mutmasslichen Schwere des Falls erstattete die Unia Strafanzeige. Doch die Tessiner Justiz behandelte das Verfahren im Schneckentempo. Die Gleisbauer drohten leer auszugehen.

Nach fünf Jahren Stillstand reisten sie im letzten März sogar extra nach Lugano und demonstrierten vor dem dortigen Strafgericht.

Die Hoffnung auf ein Urteil wird sich aber nicht mehr erfüllen. Denn mit der jetzt gefundenen zivilrechtlichen Einigung wurde auch das Strafverfahren eingestellt. Unia-Mann Cima bedauert das, sagt aber: «Die Arbeiter haben diese Lösung lange diskutiert und für gut befunden. Immerhin wurden ihre ökonomischen Forderungen vollumfänglich anerkannt.»

## MAFIA-VORWÜRFE IN ITALIEN

Trotzdem müssen sich zwei GCF-Chefs schon am 30. Januar vor Gericht behaupten. Allerdings nicht im Tessin, sondern im lombardischen Varese, wo der Fall «Doppelgleis» verhandelt wird. Darin beschuldigt die Mailänder Anti-Mafia-Behörde die GCF, sie beherrsche die italienische Gleisbaubranche monopolartig und habe diese mit Hilfe der kalabrischen 'Ndrangheta unterwandert.

Rieker: Krank in der Antistress-Schuhfabrik

# Von Thayngen bis Tunesien

**Rieker ist ein globaler Player im Schuhgeschäft. Doch eine Medienstelle gibt's am Hauptsitz nicht. Der Konzern schweigt sich aus über die verhafteten und entlassenen Mitarbeitenden in der Tochterfabrik in Tunesien. work war vor Ort in Thayngen SH.**

IWAN SCHAUWECKER

Im Schuhladen von Rieker am Hauptsitz der Firma in Thayngen SH ist an diesem Januarvormorgen nicht viel los. «Weniger Stress, mehr Leben! Wellness für die Füsse», heisst es auf der Werbetafel für die Antistress-Schuhe. Die Verkäuferin im «Rieker Schuh Factory Outlet» ist hilfsbereit. Auf die Frage, wo die Schuhe produziert werden, hat sie keine Antwort. Eine Herkunftsbezeichnung habe es bei den Schuhen von Rieker nie gegeben.

## BESUCH AM HAUPTSITZ

Über die Probleme in der Tochterfirma Ritun in Tunesien (work berichtete: [rebrand.ly/rieker-protest](https://rebrand.ly/rieker-protest)) weiss auch die Sekretärin am Empfang nichts. Sie sagt, dass in der Firma niemand für Presseanfragen zur Verfügung stehe – dies bei einem Konzern mit weltweit etwa 20 000 Mitarbeitenden. Die work-Zeitung mit dem Artikel über das skandalöse Vorgehen gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften in Tunesien werde sie ihrem Chef aber weitergeben. Auch bei Markus Rieker, dem Firmenerben, 500fachen Millionär und Verwaltungsrat der

**«Als ich über meine Rechte sprach, wurde ich eingesperrt.»**

ENTLASSENE TUNESISCHE RITUN-BÜEZERIN

Antistress Holding Group, sind alle telefonischen Kontaktversuche vergebens.

## INHAFTIERT UND ENTLASSEN

Das tunesische Recherchekollektiv Nawaat hat die gewerkschaftlichen Proteste in Tunesien dokumentiert und sich mit Arbeiterinnen von Ritun getroffen. Radhia S. ist eine der verhafteten und entlassenen Arbeiterinnen. Während 15 Jahren arbeitete sie für Ritun. Zu Nawaat sagt sie: «Als ich über meine Rechte sprach, wurde ich eingesperrt: Die vier Tage im Gefängnis habe ich erlebt, als wären es vier Jahre meines Lebens, es war erniedrigend.»

## KREBS NACH 9 JAHREN IN DER FABRIK

Auch Leila M. (33) ist eine Arbeiterin, die von Ritun entlassen und verklagt wurde. Nach neun Jahren in der Schuhfabrik leidet sie unter verschiedenen mutmasslich berufsbedingten Krankheiten. Sie sagt: «Unser Arbeitstag beginnt um fünf Uhr morgens und dauert zwölf Stunden.» Wegen ihrer Arbeit habe sie



**ZWEI WELTEN:** Im Schuhladen von Rieker in Thayngen SH wird den Kundinnen und Kunden «Antistress» versprochen. Derweil wurden in Tunesien die Büezerinnen Radhia S. (l.) und Leila M. weggesperrt, weil sie sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. FOTOS: ISC / NAWAAT

kaum noch Kontakt zu ihren Kindern und leide unter chronischen Rückenschmerzen und seit kurzem unter einer Krebserkrankung. Leila ist überzeugt, dass der Krebs eine Folge der Chemikalien ist, mit denen sie in der Fabrik in Kontakt kam. Schutzmasken habe es nur während der Covid-Pandemie gegeben. Und die Rückenschmerzen führt sie auf das tägliche Heben von 15 Kilogramm schweren Säcken zurück. Als sie ihren Chef gebeten habe, über die Probleme im Betrieb zu sprechen, habe dieser den Dialog verweigert und sie und ihre Kolleginnen verhaften lassen. Doch aufgeben will Leila nicht: «Ich werde weiterhin meine Rechte einfordern. Ich werde nicht lockerlassen, bis zu meinem letzten Atemzug.»

## Konzernverantwortung 2.0

Als nicht börsenkotiertes Unternehmen ist Rieker unter der aktuellen Schweizer Gesetzgebung zu keiner menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung verpflichtet. Im Falle einer Annahme der neuen Konzernverantwortungsinitiative (siehe Seite 2) würde sich dies ändern. Die Koalition für Konzernverantwortung schreibt auf Anfrage von work: «Als Konzern mit über 1000 Mitarbeitenden muss Rieker sicherstellen, dass das Tochterunternehmen Ritun die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nicht einschränkt.» Zu den möglichen Klagemöglichkeiten will sich die Koalition in diesem Fall nicht äussern. Für Frauen wie Leila und Radhia heisst es im Moment vor allem: Mit der Unterstützung von Gewerkschaften und solidarisches Menschen überleben und weiter für ihre Würde und Rechte kämpfen. (isc)



## Laura und das Donnerwetter

Kürzlich hatten wir im Laden wieder eine Diskussion über das krankheitsbedingte Fehlen. Sobald sich jemand krankmeldet, spüren das die anderen Mitarbeiterinnen sofort. Kurzfristig Ersatz zu organisieren ist schwierig, im Winter sowieso. Alle Filialen kämpfen während der Grippezeit mit Personal-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

mangel. Oft schwebt auch die Frage im Raum: Ist die Person wirklich krank oder fehlt ihr vor allem die Motivation? Oft höre ich den Satz: Früher konnten wir uns das nicht erlauben, so oft zu fehlen. Da gab es ein Riesendonnerwetter. Ich bin auch eine dieser Stimmen – oder war es zumindest.

**DRUCKMACHEREI.** Ich kenne es auch nicht anders. Früher gab's ein Donnerwetter wegen jedes Seichs. Da hallte ein lautes und wütendes Frauuu Gooooo-zaaaaaleeeeeez durch den gesamten Verkaufsbereich, wenn nur ein Körbchen an der falschen Stelle stand. Da meldete ich mich nie krank, auch wenn ich Fieber hatte. Das

getraute ich mich gar nicht. Ich war da und stellte das Körbchen an den richtigen Platz. Immer. Jetzt kommt noch dazu: Melden wir uns drei- oder viermal pro Jahr krank, folgt ein Gespräch mit der Geschäftsleitung oder sogar mit dem HR. Offiziell sollen im Gespräch die Gründe für das Fehlen besprochen werden und was das Unternehmen verbessern kann, um das Fehlen zu verhindern. Das Gespräch wird protokolliert. In Wirklichkeit sind diese Gespräche pure Druckmacherei. Selten gab es bei uns nach diesen Gesprächen positive Veränderungen. Und um das krankgemeldete Personal zu ersetzen, bräuchte es mehr Mitarbeiterinnen. Das kostet. Das Formular und die lästigen Fragen aber nicht.

**KRANK IST KRANK.** Heute schwebt für mich keine Frage mehr im Raum, ich habe meine Meinung geändert. Ist jemand krank, sage ich jeweils nur, das Arbeitsspönlü werde schon Gründe haben, und früher war nicht alles besser. Die Arbeitsbedingungen, mit denen ich in die Arbeitswelt eingestiegen bin, will ich nicht wiederhaben. Die fehlende Motivation hat auch eine Ursache. Wir sollten uns untereinander mehr schützen, finde ich. Druck haben wir schon genug. Wir sollten uns nicht gegenseitig beschuldigen, sondern das System, das uns krank macht, hinterfragen und ändern. Für mich steht mittlerweile fest: Wenn ich krank bin, bin ich krank. Punkt. Und meinen Namen möchte ich nie wieder auf diese Weise in den Ohren hallen hören. Nicht so wie früher.

Offener Brief der Belegschaft an Milliardär Martin Haefner

# Entlassungen bei Swiss Steel abwenden!

**Trotz Staatshilfe will das Stahlwerk in Emmenbrücke 130 Stellen abbauen und 50 Mitarbeitende entlassen. Jetzt wendet sich die Belegschaft an Mehrheitsaktionär Martin Haefner. Und der Klimastreik fordert die Verstaatlichung.**

IWAN SCHAUWECKER

Trotz einer Unterstützung von rund 25 Millionen Franken durch den Bund und den Kanton Luzern will Swiss Steel im Stahlwerk 130 Stellen abbauen und 50 Mitarbeitende entlassen. Damit ignorierte das Management die Vorschläge der Personalkommission und der Gewerkschaften im Konsultationsverfahren. Statt den Sozialplan anzuwenden, der als wichtigste Massnahme Frühpensionierungen vorsieht, will Swiss Steel



**UNSICHERE ZUKUNFT:** Stahlbüzzer bangen um ihren Job. FOTO: KEYSTONE

die Umstrukturierung unbedingt mit Entlassungen durchziehen.

**OFFENER BRIEF.** Doch die Belegschaft gibt nicht auf! Letzte Woche hat sie einen offenen Brief an Mehrheitsaktionär Martin Haefner unterzeichnet. Vom Milliardär fordert sie, dass er bei der Ge-

schäftsleitung von Swiss Steel interveniert, um die Entlassungen zu verhindern. Zudem soll er dafür sorgen, dass Swiss Steel rasch einen Antrag stellt, um die finanzielle Entlastung bei den Stromnetzgebühren in Anspruch nehmen zu können.

**WERKZUKUNFT SICHERN.** Den Beschäftigten geht es dabei nicht nur um ihre Stellen, sondern um die Zukunft des Stahlwerks an sich. Sie

**Das Management ignoriert die Vorschläge der Gewerkschaften.**

schreiben: «Die Haltung der Geschäftsleitung, frühzeitige Pensionierungen von vornherein auszu-schliessen und die Umstrukturierung mit einer grossen Zahl von Entlassungen vorzunehmen, lässt

uns den Produktionsstandort Emmenbrücke mittelfristig als gefährdet erscheinen.» Matteo Pronzini, Branchenleiter der MEM-Industrie bei der Unia, sagt: «Als Stahl Gerlafingen möglich war, sollte auch in Emmenbrücke möglich sein.» Stahl Gerlafingen hat aufgrund der staatlichen Unterstützung auf Entlassungen verzichtet.

**ÖKOLOGISCHER UMBAU.** Die Gruppe Klimastreik Schweiz fordert die Verstaatlichung des Stahlwerks in Emmenbrücke. Nur so seien die Arbeitsplätze langfristig gesichert und eine ökologisch nachhaltige Produktion machbar. Für den ökologischen Umbau der Schweiz seien die Stahlwerke zentral. Dirk Tas vom Klimastreik Bern sagt: «Die Unternehmensleitung hat gezeigt, dass sie der Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitenden und der Gesellschaft nicht nachkommt.»

20 Jahre Unia: Die grösste Schweizer Gewerkschaft ist jetzt zum Jubiläumsjahr mit Präsidentin Vania Alleva.

# «Klar, wollen wir als Unia grösser werden»

**Vor 20 Jahren beschlossen fünf Gewerkschaften einen historischen Zusammenschluss, allen politischen und ideologischen Gegensätzen zum Trotz. Unia-Präsidentin Vania Alleva spricht über Reife, Wachstum und die Spielereien mit der 1.**

ANNE-SOPHIE ZBINDE

**work:** Vania Alleva, in drei Worten, was bedeutet Unia für Sie?

**Vania Alleva:** Uniti siamo forti! (Gemeinsam sind wir stark!)

Die Unia ist jetzt 20 Jahre alt, also definitiv erwachsen. Sie haben dieses «Kind» gross werden sehen. Was erfüllt Sie mit Stolz, wenn Sie zurückblicken?

Ich bin stolz darauf, wie viele Menschen in der Unia zusammenkommen, weil wir zusammen Gutes bewirken können. All die Ideen, Erfahrungen und Hoffnungen, welche die Arbeitnehmenden und Mitarbeitenden einbringen, um für eine bessere Schweiz, für eine bessere Welt zu kämpfen – und all die positive Energie, die wir alle immer wieder daraus ziehen können!

Das ist die Basis unserer Erfolge: Trotz heftigem ideologischem Gegenwind haben wir die Gesamtarbeitsverträge in der Schweiz gestärkt. Heute profitieren 1,3 Millionen Arbeitnehmende von einem allgemeinverbindlichen GAV. Das sind dreimal mehr als vor unserer Gründung. Und sogar 1,9 Millionen werden durch GAV-Mindestlöhne geschützt. Wir sprechen immer mehr Frauen an und haben Fuss gefasst in Bereichen, die Gewerkschaftswästen waren. Ich denke hier an den Detailhandel, die private Pflege oder auch die Reinigung. Wir werden respektiert, nicht zuletzt, weil wir bei Bedarf in der Lage sind, erfolgreiche Streiks zu organisieren. Auf dem Bau, aber auch in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Und wir sind in der Lage, in einem bürgerlich geprägten Land immer wieder politische Mehrheiten zu bauen, wie der Sieg für die 13. AHV-Rente gezeigt hat. Auf all das dürfen wir wirklich stolz sein!

**Und welche Ereignisse möchten Sie lieber vergessen?**

Die Welt ist manchmal ärgerlich und mühsam. Zum Beispiel dann, wenn eine Männermehrheit die Erhöhung des Frauenren-



**PREMIERE:** Am Gründungskongress in Basel hat die Unia erstmals ihr Logo und die Outfits präsentiert. FOTO: KEYSTONE

tenalters beschliesst und dazu nur rund 30000 Stimmen ausschlaggebend sind (AHV-21-Abstimmung vom September 2022, Red.). Aber wir können es uns schlicht nicht leisten, solche Niederlagen zu vergessen, denn wir müssen daraus lernen und erst

## Unia: Historischer Zusammenschluss

Die Unia entstand am 16. Oktober 2004 aus dem Zusammenschluss der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (Smuv), der Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL), der alten (im Dienstleistungssektor tätigen) unia sowie von actions, der Genfer Gewerkschaft des Tertiärsektors. Ihre Arbeit nahm sie am 1. Januar 2005 auf.

**EINFLUSSREICH.** Heute ist sie die grösste Gewerkschaft in der Schweiz. Sie organisiert die Arbeitnehmenden der Sektoren Industrie, Gewerbe, Bau und privater Dienstleistungsbereich. Sie vertritt die Interessen aller Arbeitnehmenden und bietet ihren Mitgliedern Beratung, Rechtsschutz und weitere Dienstleistungen. Sie führt auch die grösste Arbeitslosenkasse der Schweiz. In der Unia sind rund 180'000 Arbeitnehmende zusammengeschlossen. Sie ist in 13 Regionen mit rund 110 lokalen Sekretariaten gegliedert. Die Unia hat insgesamt 265 Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen, von denen rund 1,3 Millionen Arbeitnehmende profitieren. (asz)

recht weitermachen. Vergessen ist ein Luxus, den ich mir nicht leisten kann.

**Sie waren dabei, als die Unia aus der Taufe gehoben wurde. Welche Hürden und Bedenken mussten für diesen Zusammenschluss aus der Welt geschafft werden?**

Nicht nur für die einzelnen Arbeitnehmenden, auch für die Gewerkschaften gilt: Gemeinsam sind wir stärker. Vor 20 Jahren haben unsere Vorgängergewerkschaften erkannt, dass wir den Aufbau der Gewerkschaftsbewegung in den wachsenden Dienst-



**BAUPROTEST:** 2018 verteidigt die Unia mit Tausenden BúezerInnen und BúezerInnen erfolgreich das Rentenalter 60 auf dem Bau. FOTO: KEYSTONE

leistungsbranchen nur schaffen, wenn wir uns zusammenschliessen, statt uns voneinander abzugrenzen. Die Gewerkschaften GBI, Smuv und VHTL waren sehr gegensätzlich und standen teils in Konkurrenz. Die Unterschiede waren politisch und ideologisch untermauert. Trotzdem haben sie sich für einen Zusammenschluss entschieden. Das war nur möglich, weil sowohl die grosse GBI als auch der grosse Smuv eine starke Basis hatten, die daran glaubte, dass *gemeinsam* mehr erreicht werden kann.

Ziel war es, nach den krisenhaften 1990er Jahren eine schlagkräftige Organisation, eine «Gewerkschaft für harte Zeiten» zu bilden, die streik-, referendums- und initiativfähig sein sollte. Dass wir diese Fähigkeiten immer wieder beweisen, auch im Zusammenspiel mit dem SGB, macht uns zu einem einflussreichen Player in der Schweizer Wirtschafts- und Politiklandschaft.

**Wie ist eigentlich das Logo entstanden? Und ist dieses «i» wirklich eine 1?**

Unseren Namen und unser Logo finde ich auch nach all den Jahren toll. Das war damals aber eine riesige Diskussion. Der Name unserer Gewerkschaft stammt von der «kleinen Unia», die ein erstes gemeinsames Aufbauprojekt von GBI und Smuv war und die mit der gewerkschaftlichen Organisation in den Dienstleistungsbranchen loslegte. Dass dieser Name für die grosse Unia übernommen wurde, steht für die Hoffnung, dass wir in diesen Branchen aktiv und erfolgreich sein wollen und können. Der Name widerspiegelte gut Sinn und Geist dieser Fusion. Die 1 im Logo als «i» ist eine Spielerei rund um die Idee «der Einheit», «Unia, die Eine».

**2012 wurden Sie Co-Präsidentin, 2015 als erste Frau Präsidentin. In Sachen Gleichstellung waren die Gewerkschaften lange nicht unbedingt fortschrittlich. Wirkte und wirkt sich das auch auf Ihre Arbeit aus?**

Durch den gewerkschaftlichen Aufbau in den Dienstleistungsbranchen ist die Unia weiblicher geworden. Dass ich Präsidentin werden konnte, ist auch Ausdruck dieses Wandels. Die Unia war reif für eine Frau an der Spitze. Ich würde sogar sagen, dass die Organisation stolz darauf war. Nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer.

Extern war es schon so, dass ich gerade in Verhandlungssituationen von Arbeitgebern mit männlichen Verhaltensmustern konfrontiert war und eher unterschätzt wurde. Da galt es, sich nicht ins Bockshorn treiben zu lassen. Die Arbeitgeber mussten schnell merken, dass ich zwar freundlich im Umgang bin, aber deshalb nicht weniger hart und entschieden für die Interessen der Arbeitnehmenden kämpfe.

**Die Unia ist heute die grösste berufsübergreifende Gewerkschaft des Landes. Möchte sie noch grösser werden und in neue Berufsfelder einsteigen?**

Klar, wollen wir als Unia grösser werden. Wir wollen ja nicht nur das Erreichte verwerten. Wir wollen, dass möglichst alle Arbeitnehmenden in einer Branche der Gewerkschaft beitreten. Je zahlreicher wir sind, desto stärker sind wir und desto besser können wir die Interessen der Arbeitnehmenden durchsetzen. Aber es geht keineswegs ausschliesslich um die Mitgliederzahlen. Sondern darum, ein Kräfteverhältnis aufzubauen. Wir müssen auch gezielt und fokussiert vorgehen. Vor allem im Dienstleistungs-

sektor müssen wir zulegen. Und insbesondere in der Pflege, einem wachsenden und gesellschaftspolitisch immer wichtigeren Bereich.

**Wie ist das Verhältnis mit den christlichen Organisationen wie der Syna? Hier gab es in der Vergangenheit immer wieder Konflikte.**

Wir arbeiten zurzeit ausgezeichnet zusammen, und das ist auch gut so. Wir wissen, dass wir nur zu verlieren haben, wenn es uns nicht gelingt, gemeinsame Positionen zu formulieren. Das gilt für GAV-Verhandlungen und Kampagnen wie auch für politische Fragen. Es ist zum Beispiel entscheidend, dass wir in den aktuellen Debatten um die Bilateralen III gemeinsam und geschlossen den Lohnschutz verteidigen.

**Von wenigen Ausnahmen abgesehen, verlieren die Gewerkschaften überall Mitglieder, obwohl die Arbeitsbedingungen immer schwieriger werden. Wie lässt sich das erklären? Und wie lässt sich dieser Trend umkehren?**

Wir leben in einer von Individualisierung und Digitalisierung geprägten Gesellschaft. Um sich aber gewerkschaftlich zu engagieren, braucht es die Überzeugung, dass Arbeitnehmende nur gemeinsam Verbesserungen erreichen können. Diese Überzeugung ist aber alles andere als gegeben. Und ob sich dieser gesellschaftliche Trend umkehren lässt, weiss ich nicht. Da und dort entstehen Gegenbewegungen. Für uns ist zentral, auch im Kleinen immer wieder kollektive Solidarität erlebbar zu machen. Das ist entscheidend. Das ist unsere Kraft.

**Welches sind weitere Herausforderungen?**

Es sind die grossen sozialen Fragen, welche die Menschen beschäftigen:

In der Schweiz sind die Löhne in den letzten Jahren real, also gemessen an der Teuerung, gesunken. Die Top-Löhne und Kapitaleinkommen steigen hingegen weiter an. Das ist nicht nur schlecht für die Arbeitnehmenden, sondern auch schlecht für die Wirtschaft. Und es ist schlecht für die sozialen Zusammenhalt. Soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie.

Das sieht man auch, wenn man über die Grenzen hinausschaut. Es ist gefährlich, wenn sich die Geldeliten – Leute wie die Blochers oder Musk – ihre politische Macht kaufen können und sich, wie im Falle von Musk, auf der ganzen Welt für einen rechtsextremen Umsturz starkmachen. Da müssen wir entschieden Gegensteuer geben.

**Zurück zur Schweiz. Gibt es Unterschiede zwischen der deutschen und der lateinischen Schweiz?**

Natürlich gibt es gesellschaftliche und wirtschaftliche Unterschiede im Land. Aber im Grundsatz stellt sich überall die gleiche Frage des sozialen Ausgleichs, der sozialen Gerechtigkeit. Reale Unterschiede gibt es insbesondere in den Grenzkantonen. In der lateinischen Schweiz gibt es eine stärkere Gewerkschaftstradition und eine stärkere Mobilisierungsfähigkeit, die auch für die nationalen Kampagnen sehr wichtig ist. Darauf sind wir stolz.



**FRAUEN IM FOKUS:** Der Gleichstellungskampf der Unia erhielt mit dem Frauenstreik 2019 neuen Schwung. FOTO: FRESHFOCUS

dition und eine stärkere Mobilisierungsfähigkeit, die auch für die nationalen Kampagnen sehr wichtig ist. Darauf sind wir stolz.

**Wo steht die Unia in 20 Jahren?**

Sie ist eine wachsende und schlagkräftige, kämpferische Gewerkschaft für alle Arbeitnehmenden in der privaten Wirtschaft. Wir sind im wachsenden Dienstleistungsbereich wirtschaftlich weitergekommen und setzen die Interessen der Beschäftigten durch.

**Und etwas weniger weit in die Zukunft geblickt: Was steht im Jahr 2025 an?**

Wir müssen die Gesamtarbeitsverträge gegen heftige Angriffe der Arbeitgeber verteidigen. In diesem Jahr besonders den LMV im Bauhauptgewerbe. Hier sind wir mit einer stark ideologischen

definitiv erwachsen. Das grosse Interview als Auftakt

# grösser werden»

Härte der Spitze des Baumeisterverbandes konfrontiert. Aber auch in anderen Branchen mobilisieren wir, um Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen und den Löhnen zu erreichen, so beim grössten Branchen-GAV überhaupt, dem L-GAV Gastgewerbe.

Auf politischer Ebene müssen wir die demagogische SVP-Initiative zur «10-Millionen-Schweiz» bodigen, welche die Personalfreizügigkeit und den Lohnschutz abschaffen will. Das kommt nicht in Frage, das richtet sich frontal gegen die Arbeitnehmenden in diesem Land! Auch bei den bilateralen Verträgen mit der EU darf der Lohnschutz keinesfalls geopfert werden. Wir kämpfen dafür, dass das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» auch effektiv durchgesetzt werden kann.

Weiter müssen wir die Blockade rund um einen besseren Kündigungsschutz überwinden. Entweder gelingt uns dies jetzt in der Auseinandersetzung um die neuen bilateralen Verträge oder dann mit der bereits beschlossenen Initiative.

Wir bereiten uns auch auf gewichtige Abwehrkämpfe vor. Aufgrund unserer Siege bei der 13. AHV-Rente und der BVG-Reform ist der Gegenwind viel stärker, und die Angriffe sind massiv. Das erleben wir auch im Rahmen der EU-Debatte, in der ideologische Arbeitgebervertreter uns möglichst klein halten wollen. Oder in den parlamentarischen Vorstössen, die das Arbeitsgesetz aushebeln oder die gesetzlichen Mindestlöhne schleifen wollen.

Dass wir konsequent die Interessen der Arbeitnehmenden vertreten, ist offenbar einigen ein Dorn im Auge. Das wieder um zeigt: wir sind auf dem richtigen Weg.



**UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA:** «Ziel war es, nach den krisenhaften 1990er Jahren eine schlagkräftige Organisation, eine Gewerkschaft für harte Zeiten zu bilden, die streik-, referendums- und initiativfähig sein sollte.» FOTO: GAETAN BALLY

**EUropa**  
Regula Rytz

## Das grosse Ganze Gerechtes, kein rechtes Europa

Europa startet mit Sturmböen ins neue Jahr. In Österreich ist die rechtsradikale FPÖ auf dem Weg in die Regierung und fördert ein Klima der politischen Gewalt. Auch in Deutschland, Frankreich, Rumänien oder Grossbritannien sind rechtsextreme Parteien auf der Lauer. Sie nutzen



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehem. Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen «Denknetzes».

die Schwächen der etablierten Politik, Tech-Milliardäre unterstützen sie auf ihrem Kreuzzug gegen die Sozial- und Umweltrechte. An ihrer Seite mischt die russische Propaganda kräftig mit. Sie befeuert gemeinsam mit den Trumpisten die Destabilisierung der europäischen Demokratien.

**SACKMESSER.** Auch in der Schweiz werden 2025 die europapolitischen Sackmesser gewetzt. Kurz vor Weihnachten hat der Bundesrat über den Verhandlungsabschluss zu den Bilateralen III informiert. Vieles bleibt unklar, denn das Kleingedruckte wird erst im Frühling publiziert. Zudem fehlen die

### Reduit-Denken ist hier fehl am Platz.

versprochenen Antworten des Bundesrates auf die Abschwächung der Arbeitsmarktkontrollen. Für die Gewerkschaften sind deutliche Nachbesserungen nötig, denn die Löhne sind europaweit unter Druck. Auch das Gewerbe kritisiert, dass für entsandte Arbeitnehmende neu tiefere Spesen verrechnet werden sollen als für inländische. Eine Einigung der Sozialpartner beim Lohnschutz müsste also möglich und politisch mehrheitsfähig sein.

**HELLEBARDEN.** Auf Totalopposition setzt dagegen die SVP. Mit Museumshellebarden kämpft sie gegen den «Unterwerfungsvertrag». Gleich vier Volksinitiativen aus der rechtsnationalen Küche wollen die Beziehungen zu den Nachbarländern kappen. Denn die Schweiz sei den EU-Ländern in allen Belangen überlegen, sagt das Blocher-Zentralkomitee. Tatsächlich war die Schweiz im 19. Jahrhundert eine Pionierin des Fortschritts. In Glarus wurde das erste Fabrikgesetz der Welt erlassen, auf Bundesebene der Schutz des Waldes in die Verfassung geschrieben. Seither hat uns die EU in vielen Fragen abgehängt. Klimaschutz? Die Schweiz hinkt hinterher. Erneuerbare Energien? Die Schweiz dümpelt auf den letzten Plätzen. Datenschutz? Die EU gibt den Takt vor. Elternzeit? Die Schweiz fährt im Besenwagen. Menschenrechte? Die Abschaffung des unwürdigen Saisonierstatuts hätte ohne europäischen Druck kaum Mehrheiten gefunden.

Überheblichkeit und Reduit-Denken sind in der Europapolitik fehl am Platz. In allen europäischen Ländern kämpfen Menschen gegen rechtsnationale und libertäre Geldeliten. In eisiger Kälte gehen sie gegen russische Wahlmanipulation auf die Strasse. Grenzüberschreitend sind Gewerkschaften für gerechte Löhne und existenzsichernde Renten unterwegs und ringen mit vernünftigen Unternehmen für den European Green Deal, den Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft also. Auch wenn es in der Schweiz in den nächsten Monaten oft um das Kleingedruckte gehen wird: Wir dürfen das grosse Ganze in der Europapolitik nie aus den Augen verlieren. Nur ein gerechtes Europa ist ein Bollwerk gegen rechts.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

Verhandlungen mit der EU: Bundesrat präsentiert seine Sicht

# SGB-Delegierte diskutieren die bis jetzt bekannten Fakten

Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Der Bundesrat

## Lohnschutz

Faktenblatt 20. Dezember 2024

### Verhandlungsergebnis

Die Schweiz führte die Verhandlungen zur Angleichung des Schweizer Entsenderechts an dasjenige der EU unter der Voraussetzung, dass das aktuelle Schutzniveau der Lohn- und Arbeitsbedingungen von entsandten Arbeitnehmenden dauerhaft erhalten bleibt, und dass Unternehmen nicht einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt werden. Auch betreffend Spesen wurde eine Lösung angestrebt, die den Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» garantiert, unlauteren Wettbewerb verhindert und die Rechtsgleichheit zwischen den erwerbstätigen Personen sicherstellt.

In den Verhandlungen einigte sich die Schweiz mit der EU auf ein dreistufiges Absicherungskonzept. Dieses beinhaltet Prinzipien, Ausnahmen und eine *Non-Regression-Klausel*:

- **Prinzipien:** Die Schweiz und die EU setzen das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» um: Bei Entsendungen aus der EU in die Schweiz bedeutet dies, dass Entsendebetriebe ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die in der Schweiz geltenden Löhne zahlen müssen. Zudem wurde vereinbart, dass die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz auch weiterhin von den paritätischen Kommissionen (Gewerkschaften und Arbeitgeber) und den Kantonen kontrolliert wird (duales Kontrollsystem). Die paritätischen Kommissionen können die in ihren Gesamtarbeitsverträgen (GAV) vorgesehenen Sanktionen weiterhin gegenüber Entsendebetrieben anwenden.
- **Ausnahmen:** Sie sichern Schweizer Besonderheiten ab, wie zum Beispiel die **Voranmeldefrist** für ausländische Firmen, die in der Schweiz Dienstleistungen

erbringen wollen. Diese Frist wird von acht Kalendertagen auf vier Arbeitstage verkürzt und gelangt in Risikobranchen zur Anwendung. Ausserhalb der Risikobranchen besteht nach EU-Recht und Schweizer Recht bereits heute eine Meldepflicht vor Arbeitsbeginn. Die **Kontrolldichte** bestimmt die Schweiz auch inskünftig autonom. Eine **Kaution** ist künftig im Wiederholungsfall zu leisten, d.h. wenn ein Entsendebetrieb bei früheren Einsätzen in der Schweiz seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber den paritätischen Kommissionen nicht beglichen hat. Bei Nichtleistung der Kaution kann eine Sanktion bis hin zu einer Dienstleistungssperre verhängt werden. Die **Dokumentationspflicht für selbständige Dienstleistungserbringer** als Massnahme zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit wurde ebenfalls abgesichert. Sollte sich das EU-Entsenderecht in diesen Bereichen in der Zukunft ändern, sind diese Ausnahmen von der dynamischen Rechtsübernahme ausgenommen.

- **Non-Regression-Klausel:** Künftige Anpassungen oder neue Entwicklungen des EU-Entsenderechts, die das Schweizer Schutzniveau betreffend die Arbeits- und Lohnbedingungen verschlechtern würden, muss die Schweiz aufgrund der vereinbarten *Non-Regression-Klausel* nicht übernehmen. Diese Klausel sichert das Schweizer Lohnschutzniveau gegen allfällige Rückschritte ab.

In den Verhandlungen sicherte die Schweiz auch ihre Rolle als Beobachterin bei der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) ab.

Ein weiteres Element des Lohnschutzes ist die Spesenregelung. Während die Nachbarstaaten der Schweiz ein ähnliches Niveau der Spesenentschädigung kennen, wie sie für Unternehmen hierzulande gilt, haben andere EU-Mitgliedstaaten tiefere Spesenentschädigungen. Wenn entsandten Arbeitnehmenden weniger Spesen vergütet werden müssen als inländischem Personal, besteht ein Risiko der Wettbewerbsverzerrung. Diese Herausforderung wurde in den Verhandlungen mit der EU intensiv diskutiert. Die Schweiz wird bei der nationalen Umsetzung Spielraum maximal nutzen, um das Risiko der Wettbewerbsverzerrung so gering wie möglich zu halten.

Die Verhandlungsziele wurden erreicht.

## Hat der Bundesrat genügend getan, um die Schweizer Löhne zu schützen? Die bis jetzt bekannten Fakten zu den Bilateralen III sind Thema an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

CLEMENS STUDER

Kurz vor Weihnachten hat der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU für abgeschlossen erklärt und die Eckpunkte auf «Faktenblättern» vorgestellt. Er sieht die Verhandlungsziele als «erreicht» an. Die Gewerkschaften haben da ihre ernsthaften Zweifel. Aufgrund der bis jetzt bekannten Fakten halten sie das Ergebnis für ungenügend und verlangen zum

Beispiel beim Lohnschutz Klarheit und materielle Zusagen bei den Spesenregelungen, Kauttionen und Dienstleistungssperren. work hat online ausführlich berichtet: [rebrand.ly/lohn-schutz-ungenuegend](https://rebrand.ly/lohn-schutz-ungenuegend). Bereits Anfang Dezember hatten die Unia-Delegierten in einer Resolution klargestellt: «Ein Abkommen, das den Lohnschutz schwächt, werden wir entschieden bekämpfen», nachzulesen hier: [rebrand.ly/rote-linien](https://rebrand.ly/rote-linien).

### MASSIVE EINKOMMENSVERLUSTE

Besonders die Spesenregelung gibt zu Besorgnis Anlass: Laut EU-Entsenderichtlinien, die von der Schweiz übernommen werden sollen, sind Spesen für entsandte Arbeitende in der Höhe geschuldet, wie sie im Land der Entsendeten gelten. Das kann massive Auswirkungen haben, wie die Unia in ihrer Medienmitteilung festhält, die sie unmittelbar nach der Medienorientierung des Bundesrates verschickte: «Wenn die Schweiz das heutige EU-Spesenrecht über-

nimmt (Spesen gemäss Herkunftsland), führt das bei den betroffenen Arbeitnehmenden zu massiven Einkommensverlusten und zu Lohn- und Druck bei den übrigen Beschäftigten. Es gäbe zudem eine unfaire Konkurrenz gegenüber den in der Schweiz ansässigen Firmen, die einen klaren Wettbewerbsnachteil hätten.»

### DIE KONKRETEN BETRÄGE

Konkret: «Für Arbeitnehmende, die einen Monat lang am Mittag auswärts essen und pro Woche 200 Kilometer mit dem Privatwagen fahren, macht dies je nach Branche grosse Beträge aus: Im GAV Gebäudehülle 1253 Franken pro Monat, im Bauhauptgewerbe 900 Franken pro Monat, im GAV Holzbau gar 2661 Franken pro Monat.» work hat online ausführlich berichtet: [rebrand.ly/spesenregelung](https://rebrand.ly/spesenregelung).

Am 31. Januar werden sich die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) mit den bis dahin bekannten Fakten beschäftigen und ihre Forderungen formulieren.

**VERZERRTE WAHRNEHMUNG:**  
Der Bundesrat findet, er habe die Verhandlungsziele erfüllt, trotz ungenügendem Lohnschutz. FOTO: ADMIN.CH



**UNTER GENERALVERDACHT:**  
In den fünfziger Jahren  
wurden Frauen verhaftet, die  
sich «falsch» verhielten.  
SYMBOLBILD: GETTY IMAGES

## Neue Studie: Geschichte der Sexarbeit in der Schweiz

# «Anlocken zur Unzucht»

**Was sie tun, ist nicht verboten. Sexarbeiterinnen wurden dennoch fichtert, in Heime gesteckt und aus dem Stadtbild vertrieben. Die Historikerin Sarah Baumann hat über Sexarbeit geforscht.**

CHRISTIAN EGG

Die Prostituierten rund um das Bellevue in Zürich seien eine «allgemeine Belästigung», sie würden «unverschämte, sehr direkt» ihre Dienste anbieten. So schrieben es in den 1950er Jahren die «Neuen Zürcher Nachrichten». An einer Tagung der Zürcher Kirchengemeinde empörte sich ein Redner, sogar Kinder auf dem Schulweg würden von «Dirnen» angerempelt, noch bevor sie den christlichen Segen der Konfirmation erhalten hätten. Die NZZ befand 1954, die Zwinglistadt werde zu einem «Sündenbabel».

Damals habe in Zürich eine regelrechte «moralische Panik» geherrscht, schreibt die Historikerin Sarah Baumann. Sie hat in ihrer Dissertation die Geschichte der Sexarbeit in Schweizer Städten erforscht. Eine Pionierleistung, für die sie kürzlich den Unia-Wissenschaftspreis erhalten hat (siehe Box).

Beginnend mit den 1950er Jahren, hat Baumann Quellen bis zu den 1980ern ausgewertet, darunter Zeitungsartikel, Akten aus Strafprozessen oder Interviews mit Sexarbeiterinnen. Es zeigte sich, dass die Mehrheit der Frauen Schweizerinnen waren, keine oder kaum eine Ausbildung hatten und aus sozial benachteiligten Schichten stammten. Sie arbeiteten vor allem in der Gastronomie, im Verkauf und in der Textilindustrie. Ohne Ausnahme erklärten Sexarbeiterinnen, die in den Gerichtsakten auftauchen, sie hätten

mit dieser Tätigkeit angefangen, um Geld zu verdienen. Tatsächlich konnten Frauen mit dem Verkauf von Sex deutlich mehr verdienen als in anderen Berufen, laut Baumann meist zwischen 4000 und 6000 Franken im Monat. Einzelne Frauen, die sich als Domina spezialisiert hatten, nahmen gar bis 20000 Franken im Monat ein. Eine Fabrikarbeiterin verdiente dagegen weniger als 10 Franken in der Stunde, eine Hausangestellte 1300 im Monat. Der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen für die gleiche Arbeit war noch grösser als heute: Anfang der 1970er Jahre lag er bei 30 bis 35 Prozent.

In der Mentalität der Nachkriegsschweiz war bezahlte Frauenarbeit nur dazu da, die Zeit zu überbrücken, bis eine Frau heiratete und Kinder bekam. Der Lohn einer Frau musste nicht eine Familie ernähren. Dafür war der Mann da. In diesem Weltbild nicht vorgesehen waren Frauen, die alleinstehend waren oder einen Mann durchfüttern mussten, der nicht arbeitete, dazu allenfalls noch Kinder. Für sie, so Baumann, «reichten die herkömmlichen Frauenlöhne kaum aus – und Sexarbeit wurde zu einer Option unter wenig anderen».

### Langsames Gehen ist suspekt

Prostitution war in der Schweiz seit 1942 nicht mehr verboten. Trotzdem wurde sie von Behörden und Gerichten immer wieder neu reguliert und eingeschränkt. In den 1950er Jahren liess die Panik, die der Strassenstrich in Zürich auslöste, das Pendel stark in Richtung Repression ausschlagen. Anlass bot der Fall einer jungen Frau, die von der Zürcher Staatsanwaltschaft des verbotenen «Anlockens zur Unzucht» beschuldigt wurde. 1955 befand das Bundesgericht die Frau für schuldig – und legte fest, dass sich eine Frau bereits strafbar mache, wenn sie an einem für Prostitution bekannten Ort stehe und «sich nach Art einer Dirne kleidet, durch einen bedeutsamen Blick auf Männer, langsames Auf- und Abgehen und dergleichen zu erkennen gibt, dass sie ihren Leib feilhält».

Baumann zeigt, dass dieses Urteil nicht nur Sexarbeiterinnen traf, sondern alle Frauen. Eine davon war die Journalistin und Aktivistin Iris von Roten. Sie wurde 1955 wegen Verdachts auf Prostitution verhaftet, als sie gegen Mitternacht in einem Pelzmantel und Manchesterhosen über den Zürcher Predigerplatz spazierte. Zwar erkannten die Polizisten auf dem Posten ihren Irrtum und entliessen sie wieder. Doch als die Frauenrechtlerin die ungerechtfertigte Verhaftung in einem NZZ-Artikel öffentlich machte, erntete sie das, was man heute einen Shitstorm nennt. Die Zürcher Polizei wies alle Schuld von sich und diskreditierte die promovierte Anwältin als «eine aus einer Nervenanstalt entwichene Kranke». Das «Schweizer Frauenblatt», für das von Roten früher als Redaktorin gearbeitet hatte, warf ihr vor, den Vorfall durch ihr «ausgesprochen ungeschicktes Benehmen» provoziert zu haben (mehr über von Roten in work: [rebrand.ly/vonroten](https://rebrand.ly/vonroten)).

Dabei war sie keineswegs das einzige Opfer einer solchen Verwechslung: Mehrmals hielt die Zürcher Polizei elegant gekleidete Frauen, die auf ihren Ehemann oder Freunde warteten, fälschlicherweise für Sexarbeiterinnen. Mit ihrem Urteil hätten die Bundesrichter, so die Analyse der Historikerin, «be-

stimmte Verhaltensweisen von Frauen in der Öffentlichkeit als Symbol der sittlichen Entgleisung» eingestuft. Wie absurd das zumindest aus heutiger Sicht ist, zeigt Sarah Baumann, indem sie das Urteil und die daraus folgende Polizeipraxis wie folgt zusammenfasst: «Frauen sollten nachts nicht alleine in der Stadt unterwegs sein und wenn, dann nur schnellen Schrittes.»

### Ein- und Aussperren

Auch wenn Sexarbeiterinnen nicht straffällig geworden waren: in einigen Kantonen, darunter Zürich und Waadt, konnten sie die Behörden auf administrativem Weg in Erziehungs- und Arbeitsanstalten einsperren. Zwar ging diese Praxis ab Mitte der 1960er Jahre zurück, die entsprechenden Gesetze blieben aber bis 1981 in Kraft.

1969 hob das Bundesgericht sein restriktives Urteil zum Anwerben wieder auf. Nun durften Sexarbeiterinnen in der Öffentlichkeit auf Freier warten, solange sie potentielle Kunden nicht ansprachen oder anfassten.

Doch ihre Arbeit wurde dadurch nicht einfacher. Im Gegenteil: Als Reaktion auf das Urteil verschärfte die Städte die Repression gegen Prostituierte ab den 1970er Jahren nochmals deutlich. Sie erliessen sogenannte Sperrzonen. Das öffentliche An-

### Früher herrschte in Zürich eine moralische Panik.

werben in Wohnquartieren, Parks und zahlreichen anderen Orten wurde verboten. Prostitution blieb in den Augen der Behörden unerwünscht – rechtliche Lockerung und sexuelle Revolution hin oder her. Baumann stellt fest: «Die alte Formel wirkte fort, mit dem Unterschied, dass sittlich-moralische Bedenken in raumplanerische und ordnungsrechtliche Erfordernisse übersetzt wurden.»

### Immer dabei: die «Dirnenkartei»

Zusätzlich fichterte die Polizei die Sexarbeiterinnen. In Städten wie Bern und Zürich führte sie eine «Dirnenkartei». 1972 prahlte der Zürcher Kripo-Chef mit dem «breiten erkennungsdienstlichen Material», das man sammle. Es werde notiert, «welches Auto die Dirne fährt, welches Hündchen sie mitführt, wo sie auf die Freier wartet, ob sie vorwiegend Masochisten oder Sadisten bedient, ob sie schielt, gross oder klein, dick oder dünn ist, welchen Dialekt sie spricht und noch viele andere Details». Auch Bussen, Haftstrafen und fürsorgliche Massnahmen wurden auf denselben Karteikarten vermerkt. Treffend bemerkt Baumann: Obschon käuflicher Sex legal war, bewegten sich die Sexarbeiterinnen «aus behördlicher Sicht stets im Bereich des Illegalen». Dazu passt, dass eine Karte auch dann in der Kartei blieb, wenn eine Frau mit der Sexarbeit aufhörte. Dieses Sammeln von persönlichen bis intimen Daten, so stellt Baumann klar, war ein Eingriff in die persönliche Freiheit, deren Schutz die Bundesverfassung garantiert. Gleichwohl stellt die Autorin fest: «Das Registrieren von Sexarbeiterinnen ist bis in die Gegenwart eine gängige polizeiliche Praxis.»

**PREMIERE IN BELGIEN:**  
**UMFASSENDE RECHTE FÜR**  
**SEXARBEITERINNEN**

## RECHT AUF RENTE UND LOHN BEI KRANKHEIT

Stop, das geht mir zu weit. Oder: Diesen Kunden bediene ich nicht. Seit kurzem haben Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter in Belgien offiziell das Recht, sich zu weigern oder eine sexuelle Handlung jederzeit abzubrechen. Und sie dürfen deswegen nicht entlassen werden.

Ein neues Gesetz regelt die Rechte der Arbeitnehmenden im Sexgewerbe umfassend und stellt sie rechtlich Beschäftigten in anderen Berufen gleich. Jetzt haben sie Anrecht auf einen Arbeitsvertrag, auf eine Altersrente und auf Sozialleistungen wie Lohn bei Krankheit, Mutterschaftsurlaub und eine Krankenversicherung. Laut der britischen BBC ist Belgien das erste Land mit einem solchen Gesetz.

**AUFLAGEN.** Alle Arbeitsräume von Sexarbeiterinnen müssen neu mit einem Alarmknopf ausgestattet sein. Das Gesetz regelt auch die Bedingungen, unter denen Zuhälter legal arbeiten können: Sie müssen ihren Geschäftssitz in



**PROSTITUIERTE UND STOLZ:**  
In Belgien haben die  
Sexarbeiterinnen für mehr  
Rechte gekämpft. FOTO: UTSOPI

Belgien haben und dürfen nicht wegen einer schweren Straftat vorbestraft sein. Für das Gesetz gekämpft hat die belgische Sexarbeiterinnen-Basisgewerkschaft Utsopi. Während der Corona-Pandemie gingen ihre Mitglieder auf die Strasse und protestierten dagegen, dass sie, obwohl von den Corona-Massnahmen stark betroffen, keine staatliche Unterstützung erhielten. Seither hat das Land eine Kehrtwende vollzogen: 2022 legalisierte das Parlament die bis dahin verbotene Sexarbeit. Kurz darauf begann die Regierung die Arbeit am neuen Gesetz. Das erklärte Ziel: Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter besser zu schützen. (che)

### Unia-Preis: Forschung zur Arbeit sichtbar machen

Forschung zum Thema Arbeit: Davon gibt es in der Schweiz zu wenig. Um das zu ändern, hat die Unia einen Wissenschaftspreis gestiftet. Er ist mit 4000 Franken dotiert und wird alle zwei Jahre verliehen. Ziel ist es, herausragende Forschung zum Thema Arbeit öffentlich anzuerkennen.

Im vergangenen Dezember kürte die Jury Sarah Baumanns Dissertation zur Siegerin (work berichtete: [rebrand.ly/uniapreis](https://rebrand.ly/uniapreis)).

In der Laudatio strich Unia-Präsidentin Vania Alleva deren Perspektive auf die Prostitution hervor: «Sie versteht und untersucht den Verkauf von Sex konsequent als Arbeit.» Damit stelle sie den Skandal der Prostitution vom Kopf auf die Füsse: «Schändlich sind nicht jene, die diese Arbeit leisten, sondern die sozialen Bedingungen, unter denen ihre Arbeit stattfindet.» (che)



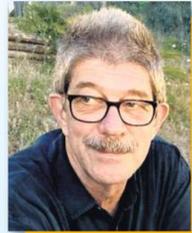
**AUSGEZEICHNET:**  
Sarah Baumann.

FOTO: FLORIAN BACHMANN

# Viel Optimismus, Solidarität und Engagement für das Jahr 2025: Diese 20 Menschen machen die Welt ein bisschen besser

## 20 Gründe, warum wir die Hoffnung nicht verlieren

Die Welt scheint aus den Fugen: Kriege, Klima, Krisen. Der rechte Aufstieg von Kickl, Weidel, Trump & Co. Und dazu noch Teuerung, kranke Prämien und Abzockermieten. Eine Heldin, wer da nicht ab und zu den Kopf hängenlässt. Doch es gibt sie, die Menschen, die sich trotz oder gerade deshalb engagieren und uns damit inspirieren: gegen Rassismus, für Sans-papiers, gegen die Klimakrise, für den Schutz der Meere, gegen sexuelle Belästigung, für feministische Forschung und vieles mehr!



### Überall ist Widerstand!

Urs Sekinger, 70, Zürich

«Eigentlich ist es zum Verzweifeln», sagt Urs Sekinger. Denn weltweit gebe es immer mehr Unrechtregime. «Doch wenn wir genau hinschauen, sehen wir überall auch Menschen, die Widerstand leisten und Solidarität leben.» Sekinger weiss, wovon er spricht. Er

ist Präsident des Solifonds, einer Stiftung, die soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt unterstützt. Im letzten Jahr konnte seine Organisation dank treuen Spenderinnen fast 300 000 Franken an Partnerorganisationen schicken. Die Menschen dahinter sind es, die Sekinger inspirieren: «Sie geben mir Zuversicht, dass eine andere Welt möglich ist. Und sie fordern mich heraus, mich ebenfalls dafür einzusetzen.»



### Bereichernde Vielfalt

Samson Yemane, 32, Lausanne

Samson Yemane arbeitet für die Schweizerische Flüchtlingshilfe und ist Mitglied der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Mit dem Eritreischen Medienbund (EMBS) setzt er sich für Menschen

aus Eritrea in der Schweiz ein und kämpft gegen alle Formen von Diskriminierung. Er sagt: «Einige Politiker und Parteien versuchen Ängste zu instrumentalisieren und unsere Gesellschaft zu spalten. Wir müssen zeigen, dass Vielfalt eine Bereicherung und keine Bedrohung ist.»



### Unterwegs fürs Klima

Oda U. Müller, 79, Zürich

Seit 2016 ist Oda U. Müller bei den Klimasenioren aktiv. Dieser Verein hat gegen die Schweiz geklagt, weil sie zu wenig gegen den Klimawandel tue. «Ich konnte mein schlechtes Gewissen besänftigen, weil ich ja auch mitschuldig bin. Und es tut mir in der Seele gut, dass ich etwas bewirken kann.» Die Schweizer Gerichte haben die Klage der

Klimasenioren allesamt abgelehnt. Deshalb zogen die Seniorinnen die Klage nach Strassburg weiter. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gab ihnen schliesslich recht. Doch Bundesrat und Parlament weigern sich, das Urteil umzusetzen. Dafür wird sich Müller 2025 einsetzen, die Umsetzung des Urteils ist jetzt das Hauptziel des Vereins.

### Meeresschutz betrifft alle

Fabienne Andermatt, 45, Schwyz

Fabienne Andermatt koordiniert für die Meeresschutzorganisation Sea Shepherd die Deutschschweiz, betreut 56 Volunteers, organisiert Events und leitet das Team, das in Schulen über Meeresschutz

aufklärt. Für Andermatt betrifft der Schutz der Meere alle Menschen. «Jeder zweite Atemzug stammt aus dem Meer, weshalb Meeresschutz bereits hier, in der Schweiz, beginnt.» Besonders prägend war für sie ein Einsatz auf den Färöern, wo sie Zeugin eines sogenannten Grinds wurde – einer Tradition, bei der Hunderte Wale brutal getötet werden. Ihr nächstes Ziel: Kampagnen in Griechenland und Italien.



### Mehr als ein Internetcafé

Ladina Marthaler, 30, Zürich

Seit neun Jahren arbeitet Ladina Marthaler im Kafi Klick, einem Internetcafé für Armutsbetroffene in Zürich. Langweilig sei es ihr dabei nie geworden, im Gegenteil: «Hier sehe ich immer direkt, was mein Tun bewirkt!» Schliesslich ist das «Klick» weit

mehr als ein Internetcafé: Das Team hilft den Gästen bei Problemen mit dem Chef, beim Schriftverkehr mit Ämtern oder bei der Wohnungs- und Jobsuche. Aber nicht nur: «Wir versuchen immer über die Einzelberatung hinaus kollektive Momente zu schaffen», sagt Marthaler. Dafür hat sie vor vier Jahren extra «Zürich Solidarisch» mitgegründet, eine Gruppe für gegenseitige Hilfe. Schon über 400 000 Franken Lohn konnte die Gruppe erstreiten – mit gemeinsamen Aktionen oder Gerichtsverfahren. Dazu Marthaler: «Es sind diese Gesten der Solidarität, aus denen ich Zuversicht schöpfe.»

### Laufen gegen Rassismus

Aisha Famy, 36, Zürich

Fachstellen und Bund sind sich einig: In der Schweiz nehmen Fälle von rassistischer Diskriminierung zu – und das seit Jahren. Umso wichtiger sind Initiativen wie der Lauf gegen Rassismus in Zürich. Gegründet 1997 von Gewerkschaftskreisen, ist er längst zum populären Kulturanlass geworden.

Mitorganisatorin Aisha Famy sagt zwar, die Vorbereitungen seien streng. Doch am Lauf merke sie dann, wofür sie all das mache: «Die Stimmung ist einzigartig, die Leute haben extrem Freude!» Jung und Alt aus nah und fern, Hunderte rennen (oder spazieren) im Kreis und – erhöhen pro Runde den Spendenertrag. «Das Sportliche und das Ideelle spornen einfach an», sagt Famy. Rund 150 000 Franken seien zuletzt zusammengekommen. Das Geld geht komplett an antirassistische Projekte.



### Foodwaste: Fertig mit Blabla!

Mirko Buri, 41, Koch und Geschäftsleiter, Utzigen BE

65 Tonnen Gemüse will Mirko Buri auch dieses Jahr retten. Zusammen mit einer Vielzahl Freiwilliger: Letztes Jahr haben 1200 Leute an Buris

Schnippel-Events Gemüse mit «optischen Abweichungen» verarbeitet. Denn ganze 30 Prozent der Lebensmittel schaffen es nicht in die Regale und landen in der Biogas-Anlage. 2025 wird der Kampf gegen Foodwaste Fahrt aufnehmen, freut sich Buri: «Bisher setzte der Bund auf Freiwilligkeit. Jetzt ist fertig blabla, es wird griffige Massnahmen geben.»



### Kultur als notwendiger Teil der Arbeit

Antonie Rohdich, 26, Zürich

Antonie Rohdich verbindet Bewegungen: Im Moment ist sie als Unia-Mitglied Mitorganisatorin des ersten nationalen LGBTQ-Treffens der Gewerkschaft. Und beim Klimastreik

ist sie aktiv an der Schnittstelle zwischen Arbeitenden, Gewerkschaften und Klimaaktivistinnen und engagiert sich für den ökosozialen Umbau. Rohdich sagt: «Ich möchte mithelfen, dass die Gewerkschaft ein lebendiger Ort ist, nicht nur, wenn es um Arbeitskonflikte geht.» Als Schauspielerin ist sie auch Mitorganisatorin der «Roten Kulturtage», wo Arbeiterinnen, linke Vereine und Gewerkschaften mit Theater, Musik und Tanz zusammenkommen.



### «Verstecken hilft uns nicht»

André Hebeisen, 55, Bern

Jahrelang arbeitet André Hebeisen in einer Baufirma und steigt zum Abteilungsleiter auf. Bis er 2010 ein Burnout erleidet, alkoholabhängig wird und den Job verliert. Heute arbeitet er für den Verein Surprise, als Verkäufer des Magazins und als Stadtführer. Seit neun Jahren ist er trocken. Er möchte den Leuten die Augen öffnen: «In der reichen Schweiz wird Armut oft versteckt. Aber das hilft uns Betroffenen nicht, im Gegenteil.» 2025 baut er sein Engagement noch aus: Er wird in Schulen über Alkoholabhängigkeit informieren und sich am «Rat für Armutsfragen» beteiligen, den der Bundesrat kürzlich ins Leben gerufen hat.



### Endlich faire Löhne

Ilknur Tas, 52, Kaiseraugst AG

Seit 30 Jahren arbeitet Ilknur Tas beim Lebensmittelhersteller Halba, einer Nebensparte von Coop, die den Fokus auf die Schokoladenproduktion legt. Genauso lange ist Tas auch Gewerkschaftsmitglied bei der Unia. Doch erst vor kurzer Zeit ist sie aktiv in der Gewerkschaft und wehrt sich gegen Missstände bei der Arbeit. «Ich habe eine Ausbildung zur Anlageführerin absolviert und nicht den Lohn erhalten, den ich für mein Diplom verdiene», sagt Tas. In das neue Jahr blickt sie kämpferisch und motiviert, denn: «Wir brauchen bessere Löhne für unsere schwere Arbeit!»



### Den Opfern helfen

Grazia Prezioso, 50, Winterthur

Grazia Prezioso hat letztes Jahr das Präsidium der IG Frauen der Unia übernommen und sich für 2025 ein klares Ziel gesetzt: Sie will Menschen helfen, die am Arbeitsplatz belästigt werden. Ob sexuelle Belästigung, Mobbing oder Diskriminierung: für die Betroffenen ist es schwierig, mit der Situation

umzugehen. Grazia Prezioso will möglichst viele, die in der Unia aktiv sind, dafür schulen, solchen Menschen zu helfen. Sie sagt: «Wir sind in direktem Kontakt mit Arbeiterinnen und Arbeitern. Wenn jemand ein Opfer von Belästigung wird, müssen wir wissen, wie wir dieser Person zur Seite stehen können.»

### Teamspirit und neue Netzwerke

Ramona Graf, 27, Oberbipp BE

Als Teamleiterin und Mitglied der Personalkommission bei Stahl Gerlafingen hat Ramona Graf ein turbulentes Jahr hinter sich. Mit der verhinderten Entlassungswelle und der Unterstützung aus Bundesbern hat die Belegschaft

erfolgreich für die Zukunft von Stahl Gerlafingen gekämpft. Dank ihrem grossartigen Team und dem neu entstandenen Netzwerk in der Politik blickt sie mit Zuversicht auf das neue Jahr.



### Für bessere Arbeitsbedingungen in den Kitas

Lisa Haubensak, 35, Gattikon-Thalwil ZH

Die Kita-Mitarbeiterinnen in Zürich haben die Nase voll. Sie haben permanent Stress, sind in den Teams unterbesetzt und verdienen obendrauf noch ziemlich wenig. Das wollen die Kinderbetreuerinnen ändern mit einem GAV für ihren Berufsstand in Zürich. Lisa Haubensak hat letztes Jahr eine Infoveranstaltung zum Thema besucht und ist danach sofort in die Gewerkschaft VPOD eingetreten, um in der Begleitgruppe die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen zu vertreten. Das Ziel für dieses Jahr ist für Lisa Haubensak klar: «Wir müssen grosse Schritte weiterkommen.»



### Campingtour mit dem Sohn

Fredi Frei, 45, Bern

Damit er genügend Zeit mit seinem elfjährigen Sohn verbringen kann, hat Fredi Frei im Job reduziert. Der Spengler und Dachdecker arbeitet statt Vollzeit jetzt noch 90 Prozent. Damit gehört er in der Branche zu einer Minderheit von erst sieben Prozent, alle anderen haben Vollzeitjobs. Ein Projekt mit Unia-Beteiligung will das jetzt ändern ([teizeitbau-gebäudehülle.ch](http://teizeitbau-gebäudehülle.ch)). Frei und sein Sohn verbringen viel Zeit draussen. «Im Sommer gehen wir wieder zwei Wochen auf Campingtour, nur wir zwei.»

### Für feministische Forschung

Elisa Mombelli, 31, Bern

Als Vorstandsmitglied des Vereins Feministische Wissenschaft Schweiz (FemWiss) engagiert sich Elisa Mombelli für die Sichtbarkeit und Förderung feministischer Forschungsarbeit in der Schweiz. Seit zwei Jahren arbeitet Mombelli als Projektleiterin für Organisationsentwicklung bei den SBB. Sie sagt: «In meinem Job setze ich für eine inklusive Unternehmenskultur, Gleichstellung und Vielfalt beim Bahnpersonal ein.»



### Für eine solidarische Landwirtschaft

Franziska Merz, 40, Konolfingen BE

Franziska Merz ist Teil des Vereins Setzhouz, der die Landwirtschaft solidarisch denkt. Die Vereinsmitglieder bauen auf einem Feld in Münsingen gemeinsam Gemüse an und teilen sich die Ernte. Unterstützt werden sie von einem Gärtner und einer Gärtnerin. Sie verzichten dabei ganz auf den Einsatz von Pestiziden. Um kostendeckend zu sein, braucht der Verein noch 25 Mitglieder. Ein Ziel, das er dieses Jahr erreichen will. Franziska Merz sagt zum Projekt, dass es um mehr als Gemüse gehe: «Es gibt mir Hoffnung auf eine gute Zukunft.»



### Schiedsrichter mit Leidenschaft

Eset Jashari, 61, Logistiker und ehemaliger Saisonier, Biel

Es ist der undankbarste Job im Fussball: Schiedsrichter. Aber Eset Jashari macht ihn gern. Woche für Woche pfeift der Logistiker, der 1989 als Saisonier in die Schweiz kam ([rebrand.ly/wiemutter](http://rebrand.ly/wiemutter)), einen Match bei Amateuren oder Junioren. Und das seit 33 Jahren! Er habe dabei viel gelernt, sagt Unia-Mitglied Jashari. Etwa, wie er einen hässigen Spieler wieder runterbringt, statt die Lage eskalieren zu lassen. «Und ich komme garantiert zu genug Bewegung.»

### «Essen für alle»

Amine Diare Conde, 27, Zürich

Vor fünf Jahren, während der Corona-Pandemie, startete Amine Diare Conde das Projekt «Essen für alle». Heute verteilt der Verein mit vielen Freiwilligen in mehreren Schweizer Städten jede Woche Nahrungsmittel und Hygieneartikel an 5000 armutsbetroffene Menschen. Conde flüchtete vor 11 Jahren aus Guinea in die Schweiz und lebte auch einige Jahre als Sans-papiers. Dieses Jahr wird er seine Lehre als Hochbauzeichner abschliessen. Conde sagt: «Damit geht für mich ein langjähriger Traum in Erfüllung.»



### Beratung für Sans-papiers

Helin Genis, 30, Bern

Die Juristin Helin Genis engagiert sich bei der Berner Beratungsstelle für Sans-papiers. Der Verein berät Menschen, die in der Schweiz leben, aber keine Aufenthaltsbewilligung haben. Dabei geht es konkret um Schulen und Lehrstellen, Sozial- und Krankenversicherungen, Ausbildung und Deutschkurse, die Wohnsituation oder die Arbeitsbedingungen. Genis sagt: «Ich finde es sehr wichtig, mich ehrenamtlich zu engagieren.» Seit 2015 macht sie Beratungen, und in letzter Zeit ist sie vor allem für das Soli-Lotto und den Soli-Lauf aktiv. «Dafür möchte ich mir auch 2025 Zeit nehmen.» Genis ist in der Unia aktiv bei der IG Jugend und der IG Frauen.



### Gesundheitsversorgung für alle

Amina Trevisan, 51, Basel

Auf der Basis ihrer soziologischen Doktorarbeit über Depression im Kontext von Migration hat Amina Trevisan «Prosalute» gegründet. Die Nonprofitorganisation setzt sich für einen chancengerechten Zugang zur Gesundheitsversorgung für Migrierte, Geflüchtete und Armutsbetroffene ein. Sie sagt: «Ich engagiere mich mit «Prosalute» für Menschen, die psychisches und soziales Leid erfahren, das durch gesellschaftliche Bedingungen mitverursacht wird.» Zudem baut sie derzeit ein Zentrum für Frauen auf, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Als Unia-Mitglied und Grossrätin der SP im Kanton Basel-Stadt setzt sie sich mit Empathie, Leidenschaft und Hartnäckigkeit für soziale Gerechtigkeit ein.

CS-PUK veröffentlichte ihren Bericht mitten im Weihnachtsloch

# Und schon befehlen die Banken wieder

**Eine parlamentarische Untersuchungskommission hat während 18 Monaten das Debakel um die Credit Suisse untersucht. Offenbar just vor der politischen Weihnachtspause waren die Arbeiten fertig. In den grossen Zügen ist der 600 Seiten umfassende Bericht für Linke wenig überraschend.**

CLEMENS STUDER

250 Milliarden Franken Volksvermögen legten Bund und Nationalbank im März 2022 auf den Tisch des internationalen Finanzcasinos. Damit ermöglichten sie der UBS die Übernahme der praktisch zusammengebrochenen Credit Suisse zum Schnäppchenpreis. Und verhinderten eine «internationale Finanzkrise», wie FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter nicht müde wird, stolz zu betonen: «Ich hatte den Eindruck, die Welt hielt den Atem an, bis wir eine Lösung hatten.» Und: «Überall lagen Pizzaschachteln, weil die Leute sich irgendwann auch einmal verpflegen mussten.» Und weil über die Nacht im Finanzdepartement die Heizung zurückgefahren wurde, arbeiteten die Banker «in Daunenjacken und Militärdecken an den Problemen». Schliesslich habe sie höchstpersönlich – ohne Bundesratsbeschluss – mutig dem Hauswart den Heizbefehl erteilt.

## Die Politik warf der Finma Knüppel zwischen die Beine.

Die Politik warf der Finma Knüppel zwischen die Beine und fiel ihr gar in den Arm. Die ganze Politik? Nein, natürlich nicht. Es war die SVP/FDP/Mitte-Mehrheit im Bundesrat, die im Parlament noch um die GLP ergänzt wurde. Sie hat die Bankenaufsicht in den vergangenen Jahren gezielt geschwächt und dauerattackiert. Im Auftrag der

zorn beruhigen und das Thema möglichst effizient über die nationalen Wahlen 2023 hinaus verschieben. Nicht, dass Wähler und Wählerinnen etwa noch auf die Idee kämen, die politischen Verantwortlichen für die Nichtzähmung der Grossbanken an der Urne abzustrafen.

Während 18 Monaten haben 14 Politikerinnen und Politiker herauszufinden versucht, wer am CS-Debakel schuld sei und wie man eine Wiederholung verhindern könne. So der Auftrag. Aus dem Nationalrat und dem Ständerat waren je sieben Politikerinnen und Politiker vertreten. Zehn von ihnen gehören Parteien an, die von der UBS gesponsert werden. Allein im letzten Jahr erhielten SVP, FDP, GLP und Mitte offiziell 635 000 Franken. Die Kommission hat fleissig gearbeitet und einen mit Anhängen über 600seitigen Bericht abgeliefert.

Ein paar Erkenntnisse, die nur besonders Gutmütige erstaunen:

### 1. Banker machen, was sie wollen.

Skandal reihte sich an Skandal, Gerichtprozesse an Verurteilungen: Die Credit Suisse war zumindest in den zehn Jahren vor dem Zusammenbruch eine teilkriminelle Zockerbude. Trotzdem kam sie mit allem durch, was sie bei der bürgerlichen Parlamentsmehrheit an Lockerungen bestellte. Und in den Spalten wohlmeinender Zeitungen drohte sie bei jeder auch nur angedachten Verschärfung mit dem Auszug aus der Schweiz. Die Manager kassierten in der gleichen Zeit 32 Milliarden Franken Boni.

### 2. Aufsicht ist ein Papiertiger.

Die Finma hat nicht so funktioniert, wie das eine Bankenaufsicht sollte. Nicht nur, aber auch, weil sie aktiv daran gehindert wurde. Es fehlten nicht nur rechtliche Möglichkeiten und Personal. Die Politik warf der Bankenaufseherin auch aktiv Knüppel zwischen die Beine und fiel ihr gar in den Arm. Die ganze Politik? Nein, natürlich nicht. Es war die SVP/FDP/Mitte-Mehrheit im Bundesrat, die im Parlament noch um die GLP ergänzt wurde. Sie hat die Bankenaufsicht in den vergangenen Jahren gezielt geschwächt und dauerattackiert. Im Auftrag der



GRAUE WOLKEN AM FINANZHIMMEL: Der Bericht zum Niedergang der Credit Suisse gibt wenig Hoffnung darauf, dass die Banken in Zukunft von der Politik gezügelt werden. FOTO: KEYSTONE

Banken. Und die gaben der Finma auch deutlich zu verstehen, was sie von ihr hielten: nichts.

### 3. «Too big to fail» ist ein Fail.

Statt wirkungsvolle Zählungsmassnahmen mitzutragen, würgte die bürgerliche Parlamentsmehrheit im Nachgang zur UBS-Rettung das sogenannte «Too big to fail»-Regulatorium durch. Zentral ausgearbeitet von den Grossbanken. Im Laufe der Jahre wurde es – je nach Bankenbefehl – zusätzlich durchlöchert. Beim ersten potentiellen Einsatz erwies es sich dann als genauso untauglich, wie es bankenunabhängige Experten und fortschrittliche Politikerinnen immer befürchtet hatten. Die USA mussten sich einmal räuspern, und die Idee, die CS in der Schweiz zu retten und in den USA konkurszugehen, war vom Tisch. Und fast 70 Milliarden Franken Staatsgarantie auf dem Weg über den grossen Teich. Dafür gab's dann auch Lob für Keller-Sutter.

Die PUK hat ihrem durchaus lesenswerten Bericht ([rebrand.ly/puk-bericht-cs](https://rebrand.ly/puk-bericht-cs)) auch eine

Reihe von Verbesserungsvorschlägen beigegeben, wie die Wiederholung eines «CS-Falls» verhindert werden könnte. Die Mehrheit dieser Vorschläge sind allerdings auch Wiederholungen: Eigenkapital, Boni-Beschränkungen, gestärkte Aufsicht. All das lag schon mehrfach auf dem Tisch des Bundesparlaments. Eingbracht von den fortschrittlichen Parteien, durchs Band abgelehnt jeweils von Mehrheiten aus SVP, FDP, GLP und Mitte. Oft auch erst im letzten Moment, wenn der öffentliche Druck kleiner und der Druck der Banken grösser war.

Die Prognose ist weniger riskant als die Monster-UBS für die Schweiz: Die verbliebene Grossbank wird sich so wenig vor wirksamen Zügeln fürchten müssen wie ihre zusammengebrochene Ex-Konkurrentin. Bereits seit einigen Wochen bringen sich Finanzplatzvertreter in wohlmeinenden Publikationen in Stellung: ja nicht übertreiben bei der Regulierung. Und ansonsten: ein bisschen spenden hier und ein bisschen drohen dort, das hat noch immer geholfen.

INSERAT



## Wenns um Streiks geht, streiken wir nicht.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) +++



**DIE ELON-MUSK-SHOW:** Bei Trumps Amtsantritt drängte der reichste Mann der Welt ins Rampenlicht. FOTO: AFP

Elon Musk, globaler Superstar der extremen Rechten

# Tanz der Broligarchen

**Hollywood brennt, Trump regiert, doch am 20. Januar übernahm eine Handvoll Oligarchen offen das Kommando über die globale Führungsmacht USA.**

OLIVER FAHRNI

Einige Milliardäre hatten dieser Tage ein Agenda-Problem: Washington oder Davos? Den Ring des «ersten faschistischen US-Präsidenten» (der Historiker David North) küssen? Oder doch lieber an der Eröffnung des WEF die nächsten Raubzüge auf die Menschheit einfädeln?

Zwar rangelten Rechtsextreme aus aller Welt um die besten Plätze an Donald Trumps 100-Millionen-Sause. Doch wahrscheinlich wurde der gespenstisch hemmungslose Machtantritt des neuen US-Präsidenten am 20. Januar falsch gedeutet. Denn Elon Musks Weltherrschaft hat schon lange begonnen.

Der Berserker auf Ketamin und Koks, reichster Mann des Planeten und nun der Pate aller rechten Ultras, hat sich Trumps Wahl mit einer Viertelmilliarde Dollar gekauft.

**Der Berserker auf Ketamin und Koks hat sich Trumps Wahl gekauft.**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sieht in Musk «den Kopf einer neuen reaktionären Internationale». Trotzdem oder wohl gerade deshalb lädt er ihn regelmässig zum Dinner ins Elysée.

In den vergangenen Monaten kanzelte Musk zuerst den ukrainischen Widerstand ab und hetzte dem brasilianischen Präsidenten Lula die FinanzspekulantInnen auf den Hals. Dann verlangte er das Verbot aller Gewerkschaften in Skandinavien (und anderswo), legte sich mit der spanischen Regierung an, betrieb mit üblen Verleumdungen die Absetzung des frisch gewählten britischen Labour-Premiers Keir Starmer, küsste en passant Italiens Giorgia Meloni und stellte schliesslich sein Imperium (Twitter/X, SpaceX, Starlink usw.) in den

Dienst der deutschen Neonazis von der AfD. Europas Regierungschefs wagten kaum mehr als handzahme Widerrede

**WER NICHT SPURT, KRIEGT HAUE**

Da hatte Trump alle Mühe, das Licht der Scheinwerfer auf sich zu halten. Nach den angekündigten Massendeportationen von Immigrierten schlug er sich mächtig auf die Brust. Er werde Panama kapern, drohte er. Ebenso das grosse (dänische) Grönland. Den kanadischen Premier nannte er «Gouverneur», Bezeichnung für den Chef oder die Chefin eines US-Bundestaates. Mexiko müsse kuschen, sagte Trump, sonst setze es militärisch Prügel. Und bald schon stehe der grosse Krieg gegen China an.

Sollte sich ihm in den USA jemand widersetzen wollen, werde die Armee den «inneren Feind» zerschlagen. «Das waren die letzten US-Wahlen», verkündete Trump. Exit Demokratie. Er baut seine Dynastie, neun Clan-Mitglieder sollen künftig höchste Ämter bekleiden.

Als er am 20. Januar das Zeitalter eines verschärften US-Imperialismus ausrief, gebaut auf Rüstung, weissen Rassismus, Plünderung, Frauenhass und Religion («ich handle in göttlichem Auftrag»), führte eine Oligarchie neuer und alter Milliardäre das Kommando. Sie haben es eilig damit, endlich den Volkswillen, die Grund- und Menschenrechte, die soziale Sicherheit, die Idee gesellschaftlicher Gerechtigkeit definitiv auszumerzen. Trump sehen sie dafür als das passende Vehikel.

**VON HIPPIES ZU FASCHOS**

Elon Musk ist das Aushängeschild dieser «Broligarchie» (Zusammenzug von Bruderschaft und Oligarchie), die von einem «Boys'-Club» aus dem Silicon Valley angeführt wird: Neben Musk gehören dazu Jeff Bezos (Amazon), Mark Zuckerberg (Meta, Facebook, Instagram, Whatsapp), Peter Thiel (Paypal, Palantir), die Fonds-Kapitalisten Marc Andreessen, Ben Horowitz, David Sacks... Als Aufpasser haben Musk und Thiel dem Präsidenten JD. Vance beigegeben, einen radikal-katholischen Nationalisten, der bereits als künftiger Präsident gehandelt wird (Trump ist 78).

Wie kommt es, dass die Tech-Freaks aus dem Silicon Valley, die als hip, cool und

innovativ galten, mit Hängematten und Babyfoots in den Büros, zur Sturmtruppe der Rechtsextremen wurden, samt Nazigruss und bekennender Menschenverachtung? Das liegt an ihrem Geschäftsmodell. Genau genommen stellen Twitter, Facebook, Amazon und Google nichts her. Sie holen sich ihren Profit einerseits aus dem Wert, der anderswo produziert wurde (Renten-Ökonomie).

**Wie kommt es, dass Tech-Freaks zur Sturmtruppe der Rechtsextremen wurden?**

Andereiseits aus der Vermarktung unserer Affekte. Wir, die Vasallen, liefern gratis den Rohstoff, die intimsten Informationen, wenn wir uns in den (a)sozialen Netzwerken tummeln. Wir trainieren in Fronarbeit ihre Algorithmen, denen wir unterworfen werden. Wir sind, ohne es zu wissen, das Produkt.

Hier zeigt sich das Geheimnis des völlig überrissenen Börsenwerts dieser ökonomisch eigentlich wertlosen Konzerne: Sie versprechen die totale Kontrolle. Musks Vermögen schnellte nach dem Wahlsieg Trumps quasi über Nacht um 50 Milliarden Dollar hoch. Darum kämpft Big Tech mit letzten Mitteln gegen jede Form demokratischer Regulierung und Transparenz. Erst recht gegen Fact-Checking und Wahrheit: Ihr Treibstoff sind Erregung und Fake. Die geschwätzigen sozialen Netzwerke gedeihen, gefährliches Paradox, auf der Vernichtung der öffentlichen Diskussion. Darum auch will Musk jetzt Wikipedia zerschlagen, das Gegenmodell, wo kollektive, kooperative Intelligenz das Wissen für alle ohne Geldflüsse, Werbung und Vermarktung herstellt.

Ein gängiger Irrtum hält die Internet-ökonomie für entmaterialisiert. Big Tech braucht massenhaft miserabel bezahlte Klick-Proletarier, um die Maschine zu füttern. Riesige Rechenzentren verlangen nach besonderen Rohstoffen und exorbitanten Mengen Energie. Hier trifft sich Big Tech mit der klassischen Ökonomie (Öl, Banken, Rüstung) und Trumps imperialistischem Projekt. Mexiko für die Arbeit, Kanada und Grönland für die Rohstoffe, Panama und Grönland (Nordwestpassage) für die Kontrolle der Seewege.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE SCHWEIZ, EIN WUNDER

Unser Land ist ein reines Wunder. Unser Volk beträgt nur ein Promille der Menschheit. Wir haben eine staatliche Geschichte von 734 Jahren. In Morgarten haben die Helden vom Rütli 1315 die ersten imperialen Armeen geschlagen und ihr erstes freies Territorium erobert. Die Eidgenossenschaft der drei ältesten Kantone ist gewachsen. Nach Morgarten

**Mit den Waffen der direkten Demokratie können wir morgen die Ungleichheit abschaffen.**

ist sie auf die Eidgenossenschaft der acht Kantone angestiegen.

Nach den Burgunderkriegen auf jene der 13 Kantone. Nach den napoleonischen Kriegen auf jene der 25 Kantone. Nach der heldenhaften Emanzipation der Jurassierinnen und Jurassier zählt die Eidgenossenschaft 26 Kantone. Im Herzen des Paktes von 1291 steht das Prinzip der Solidarität. Sie ist eine Errungenschaft und muss von Generation zu Generation verteidigt werden.

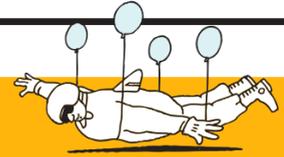
**BITTER.** Aber was sehen wir? Eine unannehmbare Armut, eine skandalöse Ungleichheit regiert in der Schweiz. Der aktuelle Bericht über die Armut in der Schweiz von Caritas zeigt: 709 000 Menschen sind von Armut betroffen – obwohl mindestens eine Person im Haushalt regulär arbeitet. In den Caritas-Märkten ist der Umsatz von 2021 bis 2023 um 35 Prozent gestiegen. Die Kundinnen und Kunden haben hauptsächlich Grundnahrungsmittel gekauft, während der Umsatz bei den Süßigkeiten zurückging. Das zeigt, dass die Menschen ihr Geld nur für das Nötigste ausgeben können. Die offiziellen Armutszahlen werden jeweils mit zwei bis drei Jahren Verzögerung veröffentlicht. Im Jahr 2022 waren 1,34 Millionen Menschen in der Schweiz von Armut betroffen oder bedroht. Das sind 15,6 Prozent der Bevölkerung! Die massiven Preissteigerungen ab 2022 sind in diesen Zahlen jedoch nicht berücksichtigt. Die Armut hat seither sicher noch zugenommen. Und bei fast 300 000 Personen, vor allem Frauen, reicht der Lohn nicht zum Leben. Aber nicht alle Haushalte sind von den steigenden Preisen gleich stark betroffen. Je ärmer ein Haushalt, desto mehr Geld gibt er im Verhältnis zu seinem Einkommen für die Güter des täglichen Bedarfs aus. Deshalb verschärfen die steigenden Lebenshaltungskosten die Ungleichheit in der Schweiz.

**GARNIERT.** Auch die Ungleichheit der Verteilung des Vermögens ist ein Skandal. 1,6 Prozent der Bevölkerung kontrollieren die Hälfte der Vermögen. Und die Ungleichheit nimmt stetig zu, denn die sehr hohen Einkommen steigen immer rascher. Beispiele: im Jahr 2023 hat UBS-Chef Sergio Ermotti 14,4 Millionen Franken kassiert. Der UBS-Chef garniert also jeden Tag ungefähr 80 000 Franken. Severin Schwan, bis März 2023 CEO des Pharmakonzerns Roche, hatte ein Einkommen von 15 Millionen Franken.

**INSPIRIERT.** Es gibt keine Machtlosigkeit in der Demokratie. Die Waffen der direkten Demokratie, die Verfassungsinitiative und das Gesetzesreferendum, sind einzigartige Waffen. Wir können morgen in der Schweiz die Ungleichheit abschaffen und die Einkommen begrenzen. Das Kollektivbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, inspiriert durch die alte eidgenössische Solidarität, ist zu allem imstande.

Über dem Eingang zum Museum des Internationalen Roten Kreuzes und des Internationalen Halbmondes in Genf steht der Satz von Iwan Karamasow, aus dem Roman «Die Brüder Karamasow» von Fjodor Dostojewski: «Jeder ist für alles vor allen verantwortlich.»

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



# Alkoholversatz aus Pflanzen: Trinken, ohne betrunken zu werden

**Der britische Arzt und Forscher David Nutt vertritt den Standpunkt, dass Alkohol gefährlicher sei als illegal erklärte Drogen wie Cannabis, LSD oder Ecstasy. Für ihn sind alkoholfreie Biere und Weine aber keine Alternative, weil sie nicht berauschend sind. Seine von ihm entwickelte Alternative: der Alkoholversatz Sentia.**

Die Geschichte des Kapitalismus lehrt uns: Multis vergiften die Welt und uns Menschen. Sie führen uns Konsumentinnen und Konsumenten mit Lügen-Expertisen immer wieder auf falsche Fährten. Zwei Beispiele:

- Die Kohle- und Ölmultis wissen seit langem, dass das Verbrennen fossiler Brennstoffe zu einer zu schnellen Erwärmung des Klimas führt. Sie haben dieses Wissen für sich behalten und uns alle in die Irre geführt.
- Rauchen ist noch ungesünder als Trinken. Mit dem Verkauf von süchtig machenden Zigaretten kann man viel verdienen. Gekaufte Professoren erstellten Gutachten, um zu beweisen, dass alles nur halb so schlimm sei.

Jetzt versuchen die Multis Zigaretten zu entwickeln, die weit weniger schädlich sein sollen. Führend sind Forschungslabors in der Schweiz. Für den Volksmund gilt: Denen, die einmal lügen, glauben wir nicht mehr, auch wenn sie die Wahrheit sprechen.

**RAUSCH OHNE REUE.** In der Schweiz wird pro Kopf der Bevölkerung weniger Alkohol getrunken als auch schon. Der Konsum von Wein geht trotz steigender Bevölkerungszahl



**DER BRITISCHE FORSCHER DAVID NUTT: Rettet er die Schweizer Weinbäuerinnen und -bauern vor dem Aus und viele Biertrinkende vor dem Tod?** FOTO: SENTIASPIRITS

zurück. Zudem wird immer mehr ausländischer Alkohol getrunken und weniger Schweizer Wein.

Zeitweise kostete an guten Lagen ein Quadratmeter Rebland hundert und mehr Franken. Inzwischen nur mehr fünfzehn Franken. Viele Bäuerinnenfamilien überlegen sich deshalb, auszusteigen und ihre Reben aufzugeben. Auch weil die Traubenpreise pro Kilo sinken.

Der britische Psychopharmakologe David Nutt (73) vertritt den Standpunkt, dass Alkohol gefährlicher sei als illegal erklärte Drogen wie Cannabis, LSD und Ecstasy. Er ist ein weltweit anerkannter Experte für die Wirkung von Alkohol im Gehirn, das Thema beschäftigt ihn seit fast einem halben Jahrhundert. Er forscht als Psychiater und Neuropsychopharmakologe am Londoner

Imperial College. Nutt war einst Drogenberater der Regierung von Tony Blair. Doch der feuerte ihn, als er seine Meinung öffentlich vertrat.

Nutt entwickelte dann einen neuen Treibstoff für uns etwas genussüchtige Menschen. Denn für ihn sind alkoholfreie Biere und Weine keine Alternativen. Weil sie uns leider, im Gegensatz zum Alkohol, nicht gesprächiger, lockerer und kontaktfreudiger machen.

Der Ansatz von Nutt funktioniert so: Die Weinkellereien produzieren neu Wein ohne Alkohol. Das können die besseren unter ihnen schon heute. Die Aromen des Terroirs bleiben erhalten. In diesen alkoholfreien Wein kommt dann der Alkoholversatz Sentia, den Nutt entwickelt hat. Sentia enthält pflanzliche Inhaltsstoffe wie Ginseng, Zitronenmelisse sowie Extrakte aus Quitten- und Traubensaft.

**Vorteil 1:** Dank Sentia tauchen wir in die gleiche Gefühlswelt ein wie bei einem leichten Rausch. So um die 0,6 Promille.

**Vorteil 2:** Wer zu viel mit Sentia verdünnten Wein runterkippt, wird nicht betrunken, sondern der leichte Rausch dauert nur länger. Pegeltrinken 2.0!

**Vorteil 3:** Die Apparate der Polizei zeigen beim Blasen keine Werte an. Will heissen: freie Fahrt für Sentia-Konsumierende.

In Deutschland kostet eine Flasche Sentia 40 Euro. Offenbar mischt sich der Nutt-Stoff am besten mit Tonic, Cola oder Ginger.

**PARMELIN SOLLTE INVESTIEREN!** Jetzt will Nutt als nächstes einen synthetischen Alkoholversatz namens

Alcarelle herstellen – und zwar in grossen Mengen. Diesen will er containerweise an die grossen Bier- und Weinproduzentinnen und -produzenten verkaufen. Aber um den ganz grossen Durchbruch zu schaffen, würden ihm um die 10 Millionen Franken fehlen, vermeldet das deutsche Magazin «Der Spiegel».

Ist Nutt ein Phantast? Oder liegt er richtig für eine Schweiz mit mehr Genuss und weniger Schäden? Wir wissen es nicht. Aber auch hier gilt: Probieren geht über Studieren.

Unser oberster Hersteller von Drogen, der Weinbauer und Bundesrat Guy Parmelin, müsste eigentlich in Nutt und seine Ideen investieren. Statt in die Werbung für leider schädliche Schweizer Weine.

## LINKS ZUM THEMA:

- [sentiaspirits.com](https://sentiaspirits.com)  
Eine super gemachte Website!
- [rebrand.ly/sentia-spiegel](https://rebrand.ly/sentia-spiegel)  
Wer den informativen Artikel im deutschen Magazin «Der Spiegel» lesen will, muss diesen online zumindest probeweise abonnieren.
- [rebrand.ly/duft-der-welt](https://rebrand.ly/duft-der-welt)  
Diese Dokumentation des Bieler Journalisten und Filmemachers Mario Cortesi aus dem Jahre 1981 ist für alle, die mitreden wollen, ein Muss. Obwohl der Film schon fast ein halbes Jahrhundert alt ist.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch)

INSERAT



**UNIA**

**Konzern-  
verantwortungs-  
initiative**

Die Schweiz wird bald das letzte Land in Europa sein, das kein Gesetz zur Verantwortung multinationaler Konzerne hat. Hilf uns, in 30 Tagen 100'000 Unterschriften zu sammeln!

**Fülle das Formular aus, und du erhältst den Unterschriftenbogen kostenlos per Post.**

**Jetzt**

**unterschreiben!**



Buchbesprechung: «Die Nazis vom Schächenwald»

# Wie Schweizer Hitler-Fans in Uri Landesverrat begingen

Ein neues Buch enthüllt die Machenschaften einer Nazizelle in der Munitionsfabrik Altdorf. Aber es zeigt auch den zünftigen Widerstand von mutigen Urnerinnen und Urnern.

JONAS KOMPOSCH

Die «Pouletburg» in Attinghausen UR ist unter Guggeli-Fans eine Institution. Seit mehr als einem halben Jahrhundert zaubert die urchige Beiz vor allem eines auf den Tisch: Poulet im Chörbli. Was aber kaum jemand weiss: «Pouletburg»-Gründer Hans Imholz (1913–1984) war ein glühender Nationalsozialist und sass jahrelang im Gefängnis – wegen Landesverrats zugunsten Hitlerdeutschlands.

Das zeigt der Urner Historiker Reto Gamma in seinem neuen Buch «Die Nazis vom Schächenwald». Für die Recherche hat er reichhaltiges Quellenmaterial zusammengetragen. Darunter die Aussage einer jungen Kellnerin: Damals hätten in fast allen Räumen

**Imholz rekrutierte in der Fabrik für seine Nazizelle.**

Hitler-Portraits gehangen. Und die Stammgäste hätten stets den «deutschen Gruss» gemacht und die Wirtin mit «Heil Hitler» begrüsst. Die «Burg» war aber nicht bloss eine rechte Kneipe, sondern quasi die Schaltzentrale einer umtriebigen und gut vernetzten Nazizelle, deren Mitglieder mit NSDAP-Funktionären konspirierten.

**DIE FABRIK ALS REKRUTIERUNGSPLATZ**

Rekrutiert haben die Urner Rechtsextremen aber nicht primär in der Beiz, sondern in der Munitionsfabrik Altdorf (MFA). Dieser Bundesbetrieb (später Ruag) produzierte aus Sicherheitsgründen in vielen Kleinwerkstätten in einem Waldstück namens Schächenwald. Mit dem Zweiten Weltkrieg schoss der Personalbestand von unter 1000 auf über 2500 Arbeiterinnen und Arbeiter. Auch der Wirtsohn Hans Imholz fand dort einen Job – und den vermeintlich optimalen Rekrutierungsplatz für seine Nazizelle. Tatsächlich bestand seine rund 30köpfige Gruppe mehrheitlich aus MFA-Arbeitern. Doch Historiker Gamma betont, dass im Schächenwald viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter arbeiteten. Konflikte waren daher häufig, zumal die Imholz-Bande nicht mit Provokationen sparte.

Um gegnerische Arbeiter zu vertreiben, schoss Imholz einmal sogar mit einem Karabiner aus dem elterlichen Gasthof. Und im Restaurant



WO SICH HITLERS ANHÄNGER EINST VERSAMMELTEN: Die «Burg» in Attinghausen UR war einst Schaltzentrale einer gut vernetzten Schweizer Nazizelle. FOTO: AK-FUNDUS.CH

Tell in Altdorf bezeichnete er eine Gruppe Schwinger als «Idiotenbande». Das liessen diese nicht auf sich sitzen. Eine Saalschlacht samt zerbrochenen Stühlen war die Folge. Wegen Raufereien im Betrieb flog Imholz 1940 aus der MFA.

Überhaupt verfolgte die Urner Bevölkerung das Geschehen sehr kritisch. Gamma schildert diverse Unmutsbekundungen. Da ist eine mutige Gwerbler-Ehefrau, die die Imholz-Leute öffentlich als «Sachaibe» titulierte, als sie sieht, wie diese den Hitlergruss machen. Oder da ist der junge Stromer Franz Imhof, der später als Sportfan «Bibi» international bekannt wird (Video-Portrait über den Link [rebrand.ly/sportfan-bibi](https://rebrand.ly/sportfan-bibi)). Im Jahr 1940 bindet er der Frau eines rechtsextremen MFA-Arbeiters einen Bären auf und kommt so an brisante Dokumente der Faschisten. Die Aktion spricht sich im Nu herum, auch die Bundesanwaltschaft wird aktiv.

**VERSCHWIEGENE GESCHICHTE**

Es kommt zur Grossrazzia gegen die Urner Naziszene. Wirtsohn Imholz gesteht, dass er einem deutschen Agenten eine Skizze der MFA-Fabriken angefertigt habe. Die Bundesanwaltschaft wertet dies als Verrat militärischer Geheimnisse. Der Fall zieht weite Kreise. Imholz' Vater, der nicht nur

Wirt sondern auch Urner Landgerichtspräsident ist, wird suspendiert. Und ein Militärtribunal verurteilt Imholz und einen Mitstreiter wegen Landesverrats. Einem Todesurteil entgehen sie knapp, kassieren aber die maximale Haftstrafe von 15 Jahren.

**GESCHÄFTE MIT NAZIDEUTSCHLAND**

Diese Urteile sieht Gamma durchaus kritisch. So verweist er auf die fetten Geschäfte, die die MFA insgeheim mit Nazideutschland abwickelte. Tatsächlich lieferte der Bundesbetrieb 7 Millionen Geschosse an Oerlikon Bührle, von wo diese direkt an die Wehrmacht gingen – zusammen mit den passenden Kanonen. Das zeigten Akten, die erst 1990 zugänglich wurden. Für Gamma nichts anderes als eine Neutralitätsverletzung, die unter den Teppich der Geschichte hätte gekehrt werden sollen.



Reto Gamma: **Die Nazis vom Schächenwald**, Alpenrot-Verlag, Bern 2024, 116 Seiten, Fr. 32.–.

**work 1x1 der wirtschaft**

David Gallusser



## EXPORTHANDEL MUSS DEN ARBEITNEHMENDEN NÜTZEN

Die Schweiz lebt vom Export. Die Unternehmen könnten nicht all ihre Produkte im Inland absetzen. Die Nachfrage in der Schweiz ist schlicht zu klein. Das gilt besonders für die Industrie. Die Maschinen-, Elektro- und Metallunternehmen verdienen zum Beispiel vier von fünf Franken ausserhalb der Landesgrenzen. Ein guter Zugang zu den Absatzmärkten im Ausland ist deshalb entscheidend. Die meisten Schweizer Waren werden in die europäischen Nachbarländer ausgeführt. Nach der EU sind die USA die wichtigste Handelspartnerin. Mit rund 6 Prozent aller Ausfuhren folgt dann bereits China. Schweizer Unternehmen konnten in den letzten 30 Jahren immer mehr Waren in die aufstrebende Wirtschaftsmacht ausführen (siehe Grafik).

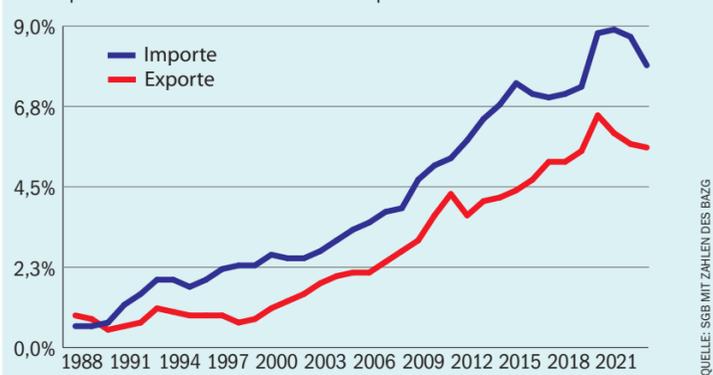
**WACHSENDE IMPORTE.** China ist aber nicht nur ein wichtiger Absatzmarkt. Die Schweiz importiert nämlich noch mehr Waren von der «Werkbank der Welt», als sie umgekehrt exportiert. Dabei handelt es sich nicht nur um

Kleider, Spielsachen und Unterhaltungselektronik. China exportiert zunehmend Halbfabrikate, Maschinen und Anlagen, die wiederum den Unternehmen in der Schweiz erlauben, kostengünstig zu produzieren. Die Unternehmen profitieren so doppelt vom Handel: Die Exporte erhöhen die Umsätze, die Importe senken die Kosten. Beides kann auch den Arbeitnehmenden nützen, wenn die Unternehmen mit den Handelsgewinnen bessere Arbeitsbedingungen schaffen und höhere Löhne zahlen.

**ALLEN ZUGUTE KOMMEN.** Ein erweitertes Freihandelsabkommen, wie es der Bundesrat derzeit mit Peking verhandelt, kann den Handel mit China fördern. Es ist deshalb grundsätzlich im Interesse von Arbeitnehmenden. Handel ist allerdings kein Selbstläufer. Denn die Arbeitgeber können Handelsgewinne einseitig einstreichen. Zudem können durch Handel auch Arbeitsbedingungen in der Schweiz unter Druck geraten. Das gilt gerade im Fall von China. Chinesische Firmen sind näm-

### Immer mehr Handel mit China

Anteil der Importe aus China an allen Warenimporten der Schweiz bzw. Anteil der Exporte nach China an allen Warenexporten der Schweiz seit 1988



lich zunehmend spezialisiert wie die Unternehmen in der Schweiz, profitieren aber von weitreichenden staatlichen Unterstützungen. Sie können ausserdem wegen der schlechten Arbeitsrechtslage in China die Löhne weit drücken. Ein neues Freihandelsabkommen muss deshalb bessere

Arbeitsrechte von China verlangen. In der Schweiz muss zudem garantiert werden, dass die Gewinne aus dem Handel auch bei den Arbeitnehmenden ankommen.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

## Kartenspiel «FortUNO» Jetzt Geld waschen!

Eigentlich ist die schweizerische Menschenrechtsorganisation Public Eye bekannt für ihre Knüllerrecherchen im Bereich der Konzernverantwortung. Doch seit einer Weile produziert die NGO auch einen hörensweisen Podcast, und neuerdings betätigt sie sich sogar als Spieleherstellerin. Mit dem Kartenspiel «FortUNO» lasse sich der Kampf gegen Geldwäsche und Korruption in der Schweiz nachspielen, so die NGO. Zugleich lerne man, wie sich Schwarzgeld trickreich reinwaschen lasse. Na dann!

Kartenspiel **FortUNO**, gratis bestellen unter [publiceye.ch](https://publiceye.ch)

Solothurner Filmtage

## Erben: Privileg oder Last?

Noch bis am 29. Januar läuft in Solothurn das wichtigste Festival des Schweizer Filmschaffens. In seinem 60. Jahrgang dreht sich nun alles ums Erben. Ist Erben ein Privileg?



**HATTE EIN BEWEGTES LEBEN:** Bruno Stefanini. FOTO: TURNUS FILM

Oder doch eine Last? Danach fragt bereits der Eröffnungsfilm «Die Hinterlassenschaft des Bruno Stefanini» über den legendären wie sammelwütigen Immobilienkapitalisten aus Winterthur. Und in «Il ragazzo della Drina» wirft der Tessiner Zijad Ibrahimovic die Frage auf, wie neue Generationen mit dem Erbe eines Krieges umgehen (im konkreten Fall dem Bosnienkrieg). In der Kategorie Retrospektive wiederum steht erstmals eine Landschaft im Zentrum, nämlich der Jura. Und die Hommage ist diesmal ganz dem Arbeiter-Cineasten Alvaro Bizzarri († 2024) gewidmet.

Das ganze Programm unter [solothurnerfilmtage.ch](https://solothurnerfilmtage.ch)

## Helmhaus-Ausstellung Armut und Kunst

In Zürich gibt es keine Armut. Und in der Schweiz gibt es keine Klassen. Heisst es. Doch wer Armut in der Limmatstadt sehen wolle, finde immer wieder jemanden schlafend in der kalten Halle des Helmhauses. Das schreibt das gleichnamige Museum, das auf zeitgenössische Kunst spezialisiert ist. Jetzt hat es eine Ausstellung konzipiert, die Armut und Klasse ins Zentrum stellt. Und die auch die seltene Frage stellt, wie eigentlich Kunstschaffende mit ihrer Armut umgehen.

Ausstellung **Wirtschaft mit Armut. Kunst ist Klasse!** Helmhaus, Limmatquai 31, Zürich, Eintritt frei, montags geschlossen.



**Das offene Ohr**  
Rahel Beyeler  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Krank während Feiertagen: Kann ich das nachbeziehen?

Pünktlich auf das Weihnachtsfest hin lag ich mit hohem Fieber im Bett. Auch an Silvester fühlte ich mich noch nicht fit genug, um zu feiern und das Leben zu geniessen. So ein misslungener Start ins neue Jahr! Kann ich wenigstens die verpassten vier Feiertage bei meiner Arbeitgeberin als freie Tage nachbeziehen?

**RAHEL BEYELER:** Oje, das ist bedauerlich! Aber nein, es ist nicht möglich, die Feiertage nachzuholen, an welchen Sie wegen Krankheit nicht unbeschwert teilhaben konnten. Feiertage sollen es den Arbeitnehmenden erlauben, einen bestimmten Anlass festlich oder besinnlich zu begehen. Sie sollen nicht zusätzliche Erholung verschaffen. Verpassen Sie ein solches Ereignis wegen Krankheit, haben Sie keinen Anspruch, die Zeit nachzu-



**KRANK AN WEIHNACHTEN: Nicht als Ferien können Feiertage anders nachbezogen werden.** FOTO: SHUTTERSTOCK

beziehen. Anders verhält es sich bei den Ferien: Vermungholt eine ernsthaftere Erkrankung, dass Sie sich in den Ferien ausreichend erholen können, so können Sie diese Ferientage nachholen. Die Feiertage orientieren sich bekanntlich an der christlichen Tradition. Wenn Sie anderen Glaubens sind und zu einem anderen Zeitpunkt religiöse Feste begehen möchten, können Sie unter angemessener Vorankündigung bei Ihrer Arbeitgeberin einen freien Tag beantragen. Diese zusätzliche Freizeit für religiöse Feiertage ist unbezahlt beziehungsweise muss vor- oder nachgeholt werden.

## Ferienplanung: Darf die Arbeitgeberin mir das verweigern?

In unserem Betrieb müssen wir zurzeit die Ferienwünsche für das Jahr 2025 eingeben. Mit schulpflichtigen Kindern bin ich darauf angewiesen, dass ich meine Ferien während der Schulferien beziehen kann. Darf meine Arbeitgeberin mir dies verweigern?

**RAHEL BEYELER:** Finden die Parteien keine Lösung, so bestimmt die Arbeitgeberin den Zeitpunkt der Ferien. Dabei muss sie auf die Wünsche der Mitarbeitenden so weit Rücksicht nehmen, als es mit den Interessen des Betriebs zu vereinbaren ist. Wenn immer möglich sollten die Ferien also in einen Zeitraum verlegt werden, der für die Arbeitnehmenden geeignet ist – in Ihrem Fall also in die Schulferien der Kinder. Auch auf die persönlichen Bedürfnisse von anderen Arbeitnehmenden ist Rücksicht zu nehmen, wie beispielsweise auf den Wunsch, Ferien im Anschluss an den Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub, für die Teilnahme an Wettkämpfen oder zur Ausübung eines saisongebundenen Hobbys zu beziehen. Es ist eine allseitige Interessenabwägung vorzunehmen, wobei im Zweifel die Interessen der Arbeitgeberin Vorrang haben. Übergeht die Arbeitgeberin Ihren Ferienwunsch, ohne dass dies durch betriebliche Interessen gerechtfertigt wäre, überschreitet sie ihr Festsetzungsrecht. Obwohl Sie in diesem Fall die Ferien nach erfolgloser Abmahnung eigenmächtig beziehen könnten, rate ich zur Zurückhaltung. Sollte Ihnen in der Folge gekündigt werden, erhalten Sie im besten Fall eine Entschädigung, die Stelle an sich haben Sie jedoch verloren.

Hallo 2025: Diese neuen Gesetze und Regelungen sind per 1. Januar in

# Das ändert sich für Sie im neuen Jahr

**Alles neu macht der Januar. Per Anfang 2025 sind einige neue Gesetze, Verordnungsänderungen und Regelungen in Kraft getreten. Einige werden Sie im Alltag kaum betreffen, andere sollten Sie kennen. Das sind die wichtigsten Neuerungen im Überblick.**

MARIA KÜNZLI

**EINKAUFEN IM AUSLAND.** Im Ausland günstig einzukaufen ist für viele verlockend. Bisher durften pro Person und Tag Waren bis zu einem Gesamtwert von 300 Franken steuerfrei in die Schweiz eingeführt werden. Neu gilt aber eine Wertfreigrenze von 150 Franken – sofern die Produkte für den privaten Gebrauch oder zum Verschenken gedacht sind.

**BLUTSPENDEN.** Bis vor kurzem durften homo- und bisexuelle Männer nur Blut spenden, wenn sie in den vergangenen 12 Monaten keinen Geschlechtsverkehr mit Männern hatten. Bis 2017 war Blutspenden für sie sogar pauschal verboten. Das Verbot kommt aus der Zeit der Aids-Epidemie in den 1980er Jahren. Seit Anfang dieses Jahres gilt das angepasste Heilmittelgesetz, womit die Diskriminierung nicht heterosexueller Männer beim Blutspenden aufgehoben ist. So ist neu im Heilmittelgesetz festgeschrieben, dass Menschen nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung vom Blutspenden ausgeschlossen werden dürfen.

**VERHÜLLUNGSVERBOT.** Seit dem 1. Januar 2025 ist das Gesichtsverhüllungsverbot, das auf die umstrittene «Burka-Initiative» zurückgeht, in Kraft. Das bedeutet, dass es nun in der ganzen Schweiz an allen öffentlich zugänglichen Orten verboten ist, sich das Gesicht zu verhüllen. Das gilt nicht nur für religiöse Gesichtsbdeckungen, sondern zum Beispiel auch für Hooligans und Demonstrierende. Ausnahmen gelten im Flugzeug und in diplomatischen und



**WORKTIPP**

## AHV, IV & CO.

Sie möchten genau wissen, wie es sich mit den Familienzulagen in den einzelnen Kantonen verhält und was sich in Sachen AHV und IV ab 2025 ändert? Unter diesem Link: [rebrand.ly/eak-neuerungen](https://rebrand.ly/eak-neuerungen) und hier: [rebrand.ly/familienzulagen-2025](https://rebrand.ly/familienzulagen-2025) finden Sie eine Übersicht zu den Familienzulagen und hier: [rebrand.ly/merkblatt-ahv-iv-2025](https://rebrand.ly/merkblatt-ahv-iv-2025) ein offizielles Merkblatt der eidgenössischen Ausgleichskasse zu den Änderungen bei den Leistungen und Beiträgen von AHV, IV und EL. Allgemeine Merkblätter und Infos zu den Sozialversicherungen gibt es hier: [rebrand.ly/merkblaetter-ahv-iv-allgemein](https://rebrand.ly/merkblaetter-ahv-iv-allgemein).

konsularischen Räumen sowie zum Beispiel, wenn die Verhüllung gesundheitliche Gründe hat. Verstösse werden in der Regel im sogenannten Ordnungsbusverfahren erledigt. Das bedeutet, dass bei einem Verstoß direkt vor Ort eine Busse von 100 Franken gezahlt werden kann. Weigert sich die Person, die Busse zu zahlen, kommt es zu einem ordentlichen Verfahren. In diesem Fall darf die Busse höchstens 1000 Franken betragen.

**LÄRM IM STRASSENVERKEHR.** Wer den Motor unnötig laufen lässt und so vermeidbaren Lärm verursacht, muss neu eine Ordnungsbusse von 80 statt 60 Franken bezahlen. Zudem wurde die Liste der

zu vermeidenden Geräusche aktualisiert: Seit Anfang Jahr ist es verboten, mit Auspuffanlagen Geräusche, zum Beispiel Knallgeräusche, zu erzeugen – beliebt bei Autotunern. Diese müssen mit einer Busse von bis zu 10000 Franken rechnen.

**AUSLÄNDISCHE OPFER.** Mit einer Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) soll die ausländerrechtliche Situation von Opfern häuslicher Gewalt verbessert werden. Ab 2025 haben Familienangehörige von Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B), einer Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L) sowie von vorläufig Aufgenommenen (Ausweis F) bei einer Trennung Anspruch auf eine eigenständige Aufenthaltsregelung, besonders wenn sie Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. Als Gewaltopfer gilt, wer von einer Fachstelle Beratung bekommt oder in einer Einrichtung, zum Beispiel einem

Frauenhaus, betreut wird. Vorher konnten Familienangehörige von Personen mit einer Kurz- oder Aufenthaltsbewilligung zwar eine Aufenthaltsregelung beantragen – allerdings ohne einen rechtlichen Anspruch darauf zu haben.

**EHEN VON MINDERJÄHRIGEN.** Ab 2025 sollen Personen, die im Ausland minderjährig verheiratet wurden, noch besser geschützt und Minderjährigenheiraten noch besser verhindert werden. Wenn mindestens eine Person bei der Eheschliessung den Wohnsitz in der Schweiz gemeldet hat, werden im Ausland geschlossene Ehen zwischen Minderjährigen generell nicht mehr anerkannt. Damit sollen sogenannte Sommerheiraten verhindert werden. In der Schweiz ist es seit 2013 grundsätzlich verboten, eine minderjährige Person zu heiraten. In einigen anderen Ländern ist es jedoch erlaubt. Neu kann eine in der Schweiz wohnhafte Person, die im

Kraft getreten

# Das ändert sich für Sie im neuen Jahr

**REISEN UND ZUWANDERUNG**

## GOOD NEWS FÜR KROATIEN

**Einwanderung aus Kroatien wird einfacher:** In den letzten zwei Jahren war die Personenfreizügigkeit für Erwerbstätige aus Kroatien zeitweilig eingeschränkt. Damit ist nun Schluss, und seit dem 1. Januar 2025 gilt wieder die volle Personenfreizügigkeit für Kroatinnen und Kroaten, die in die Schweiz einwandern wollen.

**Reisen nach Grossbritannien wird komplizierter:** Wer nach Grossbritannien reisen will,

braucht seit 2021 einen gültigen Pass – die ID reicht nicht mehr. Ab dem 2. April 2025 wird es noch ein bisschen bürokratischer: Reisende müssen zusätzlich eine elektronische Reise genehmigung ausfüllen, genannt Electronic Travel Authorization (ETA). Diese kostet rund 11 Franken und ist für zwei Jahre gültig. Die ETA müssen auch Transitpassagiere beantragen, also jene, die nur in Grossbritannien umsteigen. Ab dem 5. März 2025 kann die ETA hier beantragt werden: [rebrand.ly/reisegenehmigung-uk](https://rebrand.ly/reisegenehmigung-uk).

**Venedig wird teurer:** Um die Touristenflut zu managen, wurde 2024 in Venedig an gewissen Tagen probeweise eine Gebühr für Tagestouristen eingeführt. Auf 2025 wurde die Gebühr nun erhöht: Statt der bisherigen rund 4.90 Franken an 29 Tagen im Jahr müssen Touristen nun an 54 Tagen jeweils das Doppelte bezahlen.

**MODELL WECHSELN.** Sie möchten das Versicherungsmodell bei Ihrer Krankenkasse wechseln, also zum Beispiel vom Standard zum Hausarzt- oder Telemedizinmodell umsteigen, um Prämien zu sparen? Bisher war das nur auf Ende Jahr möglich für jene, die eine höhere Franchise als 300 Franken festgelegt haben. Neu ist ein Wechsel – innerhalb der eigenen Krankenkasse – auch während des Jahres möglich. Der Bundesrat hat eine entsprechende Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung in Kraft gesetzt, um Versicherungen mehr Flexibilität zu ermöglichen. Ein Wechsel von einer Krankenkasse zu einer anderen ist aber nach wie vor nur per Ende Jahr möglich.

Ausland minderjährig verheiratet wurde, die Ehe zudem bis zu ihrem 25. Geburtstag für ungültig erklären lassen. Bis jetzt war das nur bis zum 18. Geburtstag möglich.

**FAMILIENZULAGEN UND RENTEN.** Die Kinder- und Ausbildungszulage wurde auf Anfang 2025 erhöht und an die Teuerung angepasst. Die minimale Kinderzulage be-

## Neu können Sie Ihr Krankenkassenmodell jederzeit wechseln.

trägt neu 215 Franken (vorher 200 Franken), die Ausbildungszulage wurde von 250 auf 268 Franken pro Monat erhöht. Die genaue Höhe der Zulagen ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich, einige Kantone hatten bereits vorher höhere Beiträge festgelegt als den Minimalbetrag. So oder so müssen Sie nichts unternehmen, falls Sie bereits Zulagen erhalten. Der Be-

## Neujahrsvorsätze: So landen Sie Nützliche Tipps

**Weniger Alkohol, mehr Sport, weniger Stress: Die meisten Menschen haben etwas, das sie gerne ändern würden. Nur: Oft bleibt es beim Vorsatz, oder die Gewohnheit ist stärker, und nach ein paar Tagen oder Wochen ist alles wieder beim Alten.**

MARIA KÜNZLI

Es ist doch jedes Jahr das gleiche: Wir nehmen uns vor, im neuen Jahr ein paar Dinge anders zu machen, und landen dann schliesslich doch wieder im alten Trott. Geht es Ihnen auch so, und haben Sie Ihre Vorsätze für 2025 mittlerweile schon wieder über Bord geworfen? Es ist noch nicht zu spät! Gewohnheiten zu ändern ist

schwierig und braucht Geduld. Fünf Tipps, wie es gelingen kann:

**BLEIBEN SIE KONKRET.** Je vager ein Vorsatz ist, desto schwerer fällt es, ihn einzuhalten. Sie möchten fitter, schlanker, gesünder und, wenn wir schon dabei sind, schöner werden? Das wollen wir doch alle. Aber was heisst das nun für den Alltag? Am besten nehmen Sie sich ein konkretes Ziel vor, das nicht zu gross ist, und legen fest, wann und wie Sie das erreichen können. Zum Beispiel: Jeden Donnerstagsabend gehe ich schwimmen. Oder: Ich trinke von Montag bis Freitag keinen Alkohol. Und was auch hilft: Fangen Sie sofort damit an. Nicht nächste Woche, nicht beim nächsten Neumond. Heute. Es

## nicht wieder im alten Trott für Ihre neue Routine

kann auch hilfreich sein, Zwischenziele festzulegen.

**GLEICHGESINNTE.** Zu zweit oder in der Gruppe kneift es sich schwieriger. Verabreden Sie sich mit einer Freundin oder einem Freund zum wöchentlichen Training, dann ist die Hürde grösser, es einfach lassen zu lassen – und Spass macht es natürlich auch mehr als alleine. Was auch hilft: Sprechen Sie mit möglichst vielen Menschen über Ihre Vorsätze, das motiviert und erhöht den Druck, dranzubleiben.

**SIE BRAUCHEN ROUTINE.** Die beste Chance, einen Vorsatz einzuhalten, besteht dann, wenn er zur Routine wird. Planen Sie ihn so ein, dass er gut in Ihren Alltag passt. Wenn Sie

kein Morgenmensch sind, halten Sie es nie und nimmer durch, drei Mal pro Woche um 5 Uhr joggen zu gehen. Vielleicht ist ein Spaziergang über Mittag oder Joggen nach Feierabend einfacher? Oder: Wenn Sie weniger Fleisch essen möchten, planen Sie das Essen jeweils

## Zu zweit oder in der Gruppe kneift es sich schwieriger.

für die ganze Woche vor. Bei hungrig erledigten Spontaneinkäufen nach der Arbeit greifen die meisten zum Altbekanntesten. Bis sich ein Vorsatz tatsächlich zur Routine entwickeln kann, dauert es aber sicher ein paar Wochen, in denen Wille und Durchhaltevermögen gefragt

sind. Danach wird es leichter, versprochen!

**APPS KÖNNEN HELFEN.** Es gibt für fast jedes Ziel kostenlose Apps und Softwares, die Sie dabei unterstützen können, eine neue Gewohnheit zu etablieren, zum Beispiel durch Tracking, Erinnerungen oder einfach, indem Sie einen Ort bieten, um Erfolge festhalten zu können (siehe Spalte).

**NICHT ZU STRENG SEIN.** Werfen Sie nicht gleich alles über Bord, nur weil Sie mal nicht konsequent sind. Wenn Sie Ihren Vorsatz zu 80 Prozent erfüllen, ist das schon sehr gut. Überlegen Sie sich vorher, welche Hürden Ihnen im Weg stehen könnten und wie Sie diese möglichst klein halten können.

**MACHEN SIE LISTEN!**

## VORLAGEN FÜR ALLES

Eine To-do-Liste, ein Putzplan, ein Trinkplan oder ein Trainingsplan für einen Halbmarathon: Dinge in einer Liste oder Tabelle festzuhalten kann helfen, Vorsätze einzuhalten und Ziele zu erreichen. Unter [download-kostenlos-orig](https://rebrand.ly/movendo-kostenlos-orig) oder auch unter [muster-vorlage.ch](https://rebrand.ly/movendo-arbeitsstechnik) finden Sie zahlreiche kostenlose Vorlagen für jede Lebenslage. Wie wäre es zum Beispiel mit der Vorlage für einen Liebesbrief oder der Checkliste für eine Baby-Erstausstattung?

## Weiterbildung **MOVENDO** Souveräner werden

**Bringen Sie Ordnung in den Arbeitsalltag, und verbessern Sie Ihre Skills: Die Kurse des Bildungsinstituts Movendo helfen Ihnen dabei. Wir haben drei Vorschläge:**

**Arbeitstechnik und Zeitmanagement:** Kennen Sie das Gefühl, viel zu tun zu haben und ständig gestört zu werden durch Anrufe oder Mails? Jede Unterbrechung bringt den Zeitplan wieder durcheinander. In diesem Kurs analysieren die Teilnehmenden den eigenen Arbeitsstil und Ihre Ressourcen. Es gibt Tipps, wie man mit Stresssituationen umgehen und Arbeits- und Zeitpläne optimieren kann. Infos: [rebrand.ly/movendo-arbeitsstechnik](https://rebrand.ly/movendo-arbeitsstechnik).

**Überzeugend auftreten:** Dieser Kurs richtet sich speziell an

Frauen. Denn noch immer haben sie es im Arbeitsalltag oft schwerer als Männer. Deshalb ist es umso wichtiger, dass sie ihre Stärken kennen und sich nicht so schnell von Machtspielen verunsichern lassen. In diesem Kurs lernen sie, gezielt zu kommunizieren sowie selbstbewusst und souverän aufzutreten. Infos: [rebrand.ly/movendo-frauen](https://rebrand.ly/movendo-frauen).

**Grundlagen der Kommunikation:** Konflikte – ob privat oder beim Arbeitsplatz – entstehen oft durch Missverständnisse. Jemand drückt sich unklar aus oder versteht etwas falsch. Dieser Kurs hilft den Teilnehmenden, Missverständnisse besser zu erkennen, und sie lernen die Grundlagen der Kommunikation mit Hilfe praktischer Übungen kennen. Infos: [rebrand.ly/movendo-kommunikation](https://rebrand.ly/movendo-kommunikation). (mk)



**SPORT ALS ROUTINE: Planen Sie die Vorsätze so ein, dass Sie Teil Ihres Alltags werden.** FOTO: ADBE

# workrätsel

## Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Für eine Auszeit vom Alltag: Das Restaurant «1910» ist mit einem Stern im Guide Michelin 2024 und 15 Gault-Millau-Punkten ausgezeichnet. Der Whirlpool im Garten bietet Entspannung pur, und der Blick auf den Eiger ist einfach atemberaubend.

Hotel Belvedere Grindelwald  
www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 15/2024  
Das Lösungswort lautete: **GLUEHWEIN**



DEN PREIS, 400 Fr. Reka-Card-Guthaben,  
hat gewonnen: Ruth Sarbach, Visp VS.  
Herzlichen Glückwunsch!

abge-son-dert, sepa-riert	Frage-wort	Regen-bogen-haut im Auge	Volk der Itali-er	Schlag-in-stru-ment (engl.)	nadel-artige Werk-zeuge	ital. Ton-bez. für das D	afro-amerik. Musikstil	in der Nähe von	Sing-vögel	Greif-organe	Vorfahr, Stamm-vater	Abk.: Bundes-verfas-sung
NPO-Orga-nisation ... Suisse				5	Für Lohn-schutz - gegen Schwarz...				Besitz (... und Gut)			
Ausruf d. Überra-schung	persönl. Nei-gung (ital.)		schweiz. Wetter-frosch (Thomas)					Hit der Rolling Stones (1973)	Schweiz. Sozial-ver-siche-rung			
recht-mässig, aner-kannt					Blumen-gefässe	laute Unruhe, Lärm		chem. Element (giftig)		2		allg. üblich: gang und ...
		9	musik.: alle		organi-sierte Gruppen				Wund-abson-derung		Verkaufs-beruf	
Krank-heits-erreger	kleine, unbest. Menge		Wund-starr-krampf	4				unbe-stimmte, grosse Anzahl	alt-nord. Sagen-samm-lung			
zurück					blauer Jeans-stoff	ital. Röhren-teig-waren		beweg-liche Sturz-helmteile				1
			Aristo-kratin		Abfall-lager-platz				ital. Name Merans		Binde-wort	
dt. Motoren-erfinder † 1891	Wortge-füge Mz.		Bewoh-ner der griech. Hptst.				kleines Blas-instru-ment	grosse Anzahl				
Gewerk-schaften gegen ... -WM				8	Mutter-schwein	schweiz. Maler † 2014 (HR)	Flugblatt (ugs.)	3			Stempel f. Zise-lir-ar-beiten	Dresch-platz
			Schol-lenfisch, Flunder		bewegl. Warn-zeichen Mz.				Besitz, Eigen-tum		still!, leise!	
Tanz-schritt	Doppel-ehe						früher, eher		Körper-hüllen			
Täu-schung, Ein-bildung					sächl. Fürwort	vertraute Anrede	ohne tier. Produkte lebend				Nasal-laut	männl. Fürwort
Winter-sportort im Engadin	heisses Getränk				Fla-schen-pfand				Büezer, ..., Bundes-budget			
			Abdruck von Rädern				scheue Wald-tiere		US-Schau-spieler (Richard)			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: **work**,  
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:  
verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss **30. Januar 2025**

INSERAT

# Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das vergangene Jahr von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» welches bestätigt, dass für das vergangene Jahr der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten je nach Höhe ihres Unia-Mitgliederbeitrags eine Rückerstattung

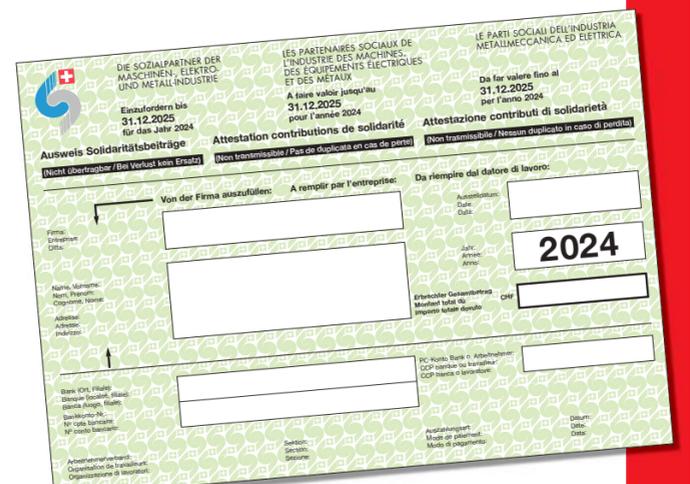
## zwischen 200 und 320 Franken

(Wenn die Mitgliederbeiträge höher als 370 Franken sind.)

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2025 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern gerne.



# UNIA

**WORKLESERINNENFOTO**



**Nebelspiel**

**WANN** 26. Dezember 2024  
**WO** Tavel-Denkmal in Rüeggisberg BE  
**WAS** Ein Dorf wird vom Nebel umzingelt  
 Eingesandt von Denise Borer, Moosseedorf BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



**Nationalrat für mehr Hitzeschutz**  
**Nur die SVP lässt Baubüezer hängen**

**WORKZEITUNG.CH / 9.1.2025**  
**NUR SVP LÄSST BAUBÜEZER HÄNGEN**

**Eine Partei für die Reichen**

Ich verstehe nicht, warum diese Partei so stark ist. Wenn du dich mal mit dem Thema beschäftigst, merkst du schnell, dass diese Partei nur Politik für Reiche macht.

CELO, VIA TIKTOK

**So tarnt die SVP**

Die SVP ist immer gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Doch sie tarnt diesen Fakt mit Folklore, Patriotismus und Ablenkung auf Nebenschauplätze.

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

**Ab auf den Bau!**

Können wir diese Politiker nicht mal zwingen, bei 30 Grad auf dem Bau zu arbeiten. Bitte!

XX\_PARSLEY\_XX, VIA INSTAGRAM

**WORK 15 / 19.12.2024:**  
**SCHLENDRIAN BEI DER BASLER POLIZEI**

**Hosen runter**

Da ist eine saubere Aufklärung ultrawichtig. Die Bereitschaft der Angeklagten, zuzugeben, massive Fehler begangen zu haben, würde mehr helfen als dieses Hinhalten und alles vertuschen zu wollen. Da müssen wohl die Karten neu gemischt und Hosen heruntergelassen werden, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen wiederherzustellen. Go for it, Basler Polizei, ihr schafft das!

NORMAJEAN7, VIA INSTAGRAM

**WORK 15 / 19.12.2024:**  
**VERKAUF VON SEX IST ARBEIT**

**Armut ist die Triebfeder**

Ist Sex wirklich eine Handelsware? Frauen, die sich verkaufen, tun es meistens aus Not, weil es keine Alternative gibt, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr genügt, um zu überleben. Da haben es Männer leichter, sie können immer noch eine Frau zum Anschaffen schicken. Auch die Ausrede, es sei das älteste Gewerbe der Welt, ist eine fadenscheinige Rechtfertigung. Nur weil Stadtoberhäupter und einige Fürsten im 13. Jahrhundert gemerkt haben, dass man Prostituierte besteuern kann. Die wurden dafür den Scharfrichtern unterstellt und bekamen dadurch einen gewissen Schutz vor gewalttätigen Feiern. Damals gab es nicht viele andere Möglichkeiten für Frauen, sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Anders ist das heute, zumin-

dest in den meisten Industrieländern. Übrigens: Warum sind Freier in diesem Umfeld weit grosszügiger beim Bezahlen, als wenn es um anständige Frauenlöhne im allgemeinen geht? Oder ist es hier eher Schweigegegeld? Besonders stossend finde ich, wenn Männer noch meinen, sie tun etwas Gutes, wenn sie diesen Frauen auf menschenunwürdige Art zu einem Einkommen verhelfen. Denn Armut war und ist immer noch die wahre Triebfeder für diese «Arbeit». Empfohlene Lektüre: «Piff, Paff, Puff: Prostitution in der Schweiz» von Aline Wüst.

INGRID BICKEL, ALTSTÄTTEN SG

**WORKZEITUNG.CH / 17.1.2025:**  
**MIGROS MIT REKORDUMSATZ, ENTLASSUNGSWELLE GEHT WEITER**

**Wo seid ihr?**

Das wird so weitergehen, bis die Migros-Mitarbeitenden sich zur Wehr setzen. Leider ist es mir bis heute nicht gelungen, herauszufinden, welche Mitarbeitenden der Migros auch Mitglied bei der Unia sind. Aber nur so wäre es möglich, dass wir uns mal treffen könnten und herausfinden, wer bereit wäre, etwas zu unternehmen und die Unia somit wieder an den Verhandlungstisch mit der Migros zu bringen. Alleine ist das nicht möglich!

THOMAS BALMER, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK / DIVERSE ARTIKEL ZUR NATIONALEN POLITIK**

**Ignorant**

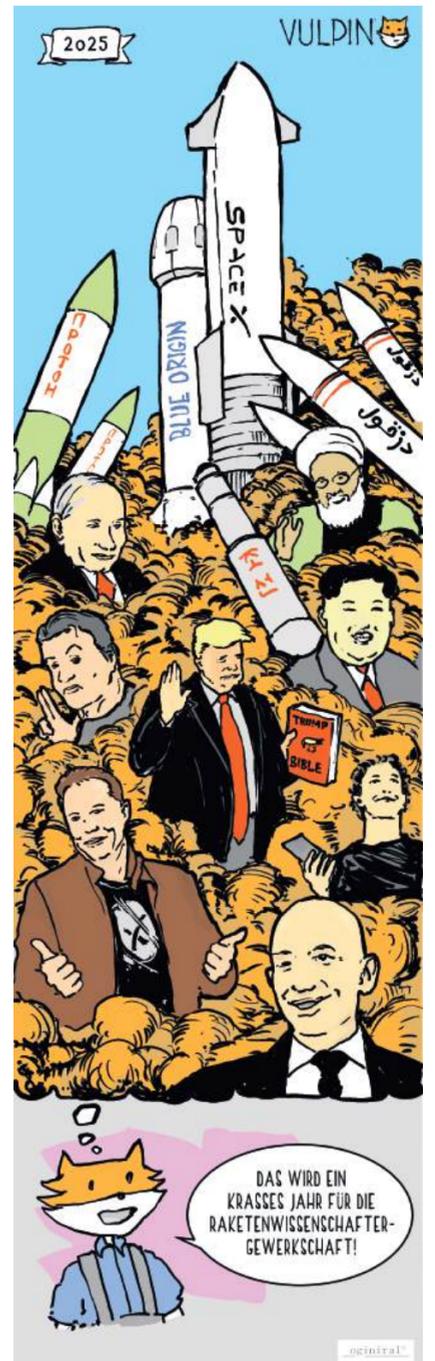
In den USA will einer rücksichtslos durchregieren... Die Vierermehrheit im Bundesrat – sehr geprägt

durch Karin Keller-Sutter und Albert Rösti – macht das schon seit Monaten. Dies im Widerspruch zu unserer Tradition der Kompromiss-suche. Immer einseitiger werden die Beschlüsse, die diese Mehrheit – zusammen mit dem bürgerlichen Parlament – durchdrückt. Rücksichtsloses Durchregieren ist längerfristig aber ungeeignet, den Zusammenhalt im Land zu erhalten oder gar zu fördern. Trotz Riesenlöchern im Finanzplan soll es neue «Steuerspargeschenke» geben. Die langfristig bis zu 600 Millionen pro Jahr – oder gar weiteren rund 1,7 Milliarden pro Jahr! – weniger Steuereinnahmen führen! Beschlossen von der Vierermehrheit ist, dass ab Januar 2025 rückwirkende Einzahlungen in die Säule 3a der Altersversicherung möglich werden. Eine solche Forderung hatten Bundesrat und Kantone 2019/20 noch abgelehnt... Ausgerechnet jetzt neue Steuerprivilegien für die Bessergestellten? Besonders stossend: Statt einer Gesetzes- hat man dafür eine blosse Verordnungsänderung gewählt. Damit aber ist ein Referendum verunmöglicht. Nochmals: Bundesrats- und Parlamentsmehrheiten beschliessen Sparprogramme für die einen und schaffen gleichzeitig einseitige Steuersparmöglichkeiten. Wie heisst's in unserer Bundesverfassung: «...dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen».

KARL GMÜNDER, HORGEN ZH

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



**SABRINA BEUTLER  
AUCH EINE  
AUTORIN**

Sabrina Beutler wohnt mit ihrem Partner, ihren beiden Windhunden, einer Katze, Kaninchen und Hühnern in einem Weiler ausserhalb von Düringen. Um ihr Haus pflanzt und pflegt sie Hecken und sorgt damit für möglichst viel Biodiversität. Auch in den Ferien bleibt sie am liebsten in der Umgebung ihres Hauses.

**TIERLISTEN.** Beutler führt Listen der Tiere, denen sie im Garten und auf Spaziergängen begegnet. Durch die genaue Beobachtung erkennt sie die Verhaltensweisen und Eigenarten der Tiere. Dies nützt ihr für ihren Beruf als Präparatorin, in dem es auch darum geht, den besonderen Charakter eines Tieres zu erfassen und hervorzuheben. So wie eine Karikaturistin, sagt Beutler.

**ROMAN.** In ihrer Freizeit ist Beutler auch Autorin und schreibt an einem Fortsetzungsroman. Jedes Jahr publiziert sie einen neuen Band im Eigenverlag. In ihren Geschichten geht es vor allem um psychologische Themen und zwischenmenschliche Beziehungen. Das Schreiben sei auch ein Ventil, um sich nicht immer mit der Arbeit befassen zu müssen.

**OFFENE TÜR.** Am Tag der offenen Tür kommen die Leute und Kinder aus dem Dorf in ihr Reich der Tiere und Skelette. Als Vorstandsmitglied des Berufsverbandes der naturwissenschaftlichen Präparation Schweiz setzt sie sich für eine staatlich anerkannte Berufsbildung und für faire Arbeitsbedingungen in der Tierpräparation ein.

**Sabrina Beutler (40): Tierpräparatorin mit Haut und Haar****«Ich karikiere das Lebendige»****Sabrina Beutler lässt in ihrem Atelier tote Tiere auferstehen. Ihre Kundenschaft reist aus der ganzen Schweiz und aus Nachbarländern an.**

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Im Atelier von Sabrina Beutler, einer ehemaligen Werkzeugfabrik in Düringen FR, ist es an diesem Wintermorgen nur knapp über zehn Grad warm. Ihre beiden spanischen Windhunde liegen unter Armeedecken eingekuschelt auf dem Sofa. Es sind die einzigen lebenden Tiere im Raum. Beutlers Werkstatt ist mit unzähligen Fundstücken, Skizzen und Modellen geschmückt. Auf dem Ateliertisch stehen zwei junge Luchse, ein Gemskopf und das Tierpräparat eines Wildschweinfrischlings.

**FRÜHER BERUFSTRAUM.** Beutler sagt: «Als ich acht Jahre alt war, sah ich das Portrait eines Tierpräparators in einer Zeitschrift

und wusste: Das ist es, was ich bin. Ich muss nur noch jemanden finden, der mir das beibringt!» In der Umgebung ihres Elternhauses im Emmental BE war sie häufig im Wald unterwegs. Dort beobachtete sie, wie Fuchskadaver über Wochen hinweg vergammelten. Sie sagt: «Das war nicht makabre Faszination, sondern das Interesse am Skelett!» Mit einem Stecklein machte sie die Haare weg, um die Knochen zu sehen, um die Mechanik im Innern zu verstehen. Sie sammelte Federn und Knöchlein.

Zu Hause hatten sie eine Werkstatt, wo sie als Kind mit ihren eigenen Werkzeugen Spielsachen bauen konnte. Ihre Eltern organisierten für sie Besuche bei den Tierpräparatoren des Naturhistorischen Museums in Bern. Beutler sagt: «Als Teenagerin war ich mehrmals dort und hatte so bereits früh Einblick in den Beruf.»

**KEINE LEHRE, KEINE STELLE.** Doch eine eidgenössisch anerkannte Lehre zur Tierpräparatorin gab und gibt es bis heute nicht. Tierpräparation sei eine Mischung aus

verschiedenen handwerklichen Berufen, sagt Beutler. Sie sei Schreinerin, Zeichnerin, Modellbauerin, Metzgerin, Veterinärin, Gerberin und Kunststofftechnikerin. Beutler sagt: «Ich habe den Beruf selbst seziert und die Bestandteile angeschaut, so wie eine Präparatorin. Die Teile fand ich auch super, aber mir fehlte stets der Rest.»

Schliesslich machte Beutler nach der Matura eine Ausbildung an einer Fachhochschule für Präparationstechnik in Deutschland. Nach dieser Ausbildung folgte die nächste Hürde, denn die naturhistorischen Museen und Universitäten in der Schweiz haben nur wenige Stellen im Bereich der Tierpräparation, und diese werden nur sehr selten frei. So musste sich Beutler mit wenig Berufserfahrung und wenig Kapital früh selbständig machen.

**GELD UND GEDULD.** Inzwischen kommen Beutlers Kundinnen und Kunden aus der ganzen Schweiz, aus Deutschland und Österreich nach Düringen. Ihre Auftraggeber sind Museen, Wissenschaftlerinnen, Jäger oder auch Private, zum Beispiel wenn jemand bei einem toten Vogel, der in die Scheibe geflogen ist, die Schönheit des Gefieders entdeckt. Beutler sagt: «Meine privaten Kundinnen und Kunden sind vor allem aus ästhetischen Gründen an den Tierpräparaten interessiert.» Doch wer bei Beutler ein Tierpräparat bestellt, braucht Geld und vor allem Geduld. Ihre Lieferfristen sind wegen der hohen Nachfrage oft länger als ein Jahr, und ein Tierpräparat kostet in der Regel mehr als 500 Franken.

**BAUPLÄNE NACH TIERKÖRPERN.** Wenn das tote Tier angeliefert wird, lässt Beutler den gefrorenen Tierkörper auftauen und zieht

ihm die Haut ab, die sie in einem ersten Arbeitsschritt gerbt. Beutler sagt: «Bis zur Grösse eines Wolfs kann ich das selber machen, bei grösseren Tieren brauche ich Hilfe.» Ihr bisher grösstes Tier war ein Zwergwal, dessen Knochen sie im Auftrag eines deutschen Museums zusammensetzte. Bei den Tieren mit Fell erstellt Beutler nach der Vorlage des Tierkörpers einen Bauplan: Der nackte Tierkörper muss für das Tierpräparat in Form eines Modells eins zu eins nachgebaut werden. Beutler sagt: «Meine Aufgabe ist, das Tier möglichst ehrlich darzustellen, aber die Haltung des Tieres ist auch von den Wünschen der Auftraggeber abhängig.»

**ZEITGEIST IM PRÄPARAT.** An Tierpräparaten könne auch der Zeitgeist erkannt werden. Zum Beispiel bei Jagdtrophäen oder in den Dioramen der naturhistorischen Museen. Die Tierpräparatorin sagt: «Anfang des 20. Jahrhunderts, da haben die Museen gezielt eine familiäre Idylle mit Männlein, Weiblein und einem Jungen konstruiert, auch bei Tieren, die in der Natur keine solchen Familiengruppen bilden.» Nach dem Ersten Weltkrieg seien männliche Tierpräparate als starke Beschützer inszeniert worden. Heute versuche man wegzukommen vom Patriarchalen. Ein anderes heisses Thema seien die Raubtiere. Wie stellt man zum Beispiel einen Wolf dar? Beutler sagt: «Der Wolf darf weder niedlich noch böse sein, er muss absolut neutral wirken.» Der Wolf sei heute das politisierteste Tier in der Schweiz, vor fünfzehn Jahren sei es noch der Luchs gewesen. Die beiden jungen Luchse, die auf dem Tisch stehen, dürfen inzwischen auch herzig sein, und sie wirken dank der Handwerkskunst von Beutler wieder fast wie lebendig.



**FUCHS, WILDSCHEIN UND WIESEL:** In ihrem Atelier präpariert Sabrina Beutler die unterschiedlichsten Tiere und versucht, diese möglichst ehrlich darzustellen.

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). E-Mail Redaktion [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch). Internet [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch). Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), [annesophie.zbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophie.zbinden@workzeitung.ch); Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Darja Knežević, [darijaknezevic@workzeitung.ch](mailto:darijaknezevic@workzeitung.ch); Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), [parzivalmeister@workzeitung.ch](mailto:parzivalmeister@workzeitung.ch); Julia Neukomm, [julianeukomm@workzeitung.ch](mailto:julianeukomm@workzeitung.ch); Iwan Schauwecker, [iwanschauwecker@workzeitung.ch](mailto:iwanschauwecker@workzeitung.ch). Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, David Gallusser, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Regula Rytz, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch). Korrektorat Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily, [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch). Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch). Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia